

Blaue Post

NR. 8

ZEITUNG DER AFD SACHSEN

KOSTENLOS



Aus dem Inhalt

Seite 3

Verfassungsschutz

Seite 5

Bildungsempfehlung in Sachsen

ab Seite 10

Vorgestellt: Die Direktkandidaten der AfD aus Sachsen

Deutsche Sprache als Kulturgut schützen

Antrag der Afd-Fraktion Drs. 6/7209

Die Landtagsfraktion der AfD hat einen Antrag auf Ergänzung der Sächsischen Verfassung gestellt. (Drs. 6/7209). Wir wollen, dass die deutsche Sprache als Kulturgut vom Freistaat besonders geschützt und gefördert wird.

Eine Sprache ist ein lebendiger Organismus, sie befindet sich in einem ständigen Prozess der Veränderung. Politiker sollten sich hüten, in diesen Prozess einzugreifen; wohin das führt, hat man am Fiasko der Rechtschreibreform gesehen. Wir wollen keineswegs die Sprache reglementieren. In Frankreich versuchte man mit der „Loi Toubon“, im öffentlichen Raum alle Anglizismen zu unterdrücken, für die es einen adäquaten französischen Begriff gibt. Wir, die AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag, wollen keine Verbote einführen.

Sprachen können wachsen und sich entwickeln – aber auch verkümmern oder verdrängt werden – und sogar aussterben. In einem solchen Fall ist es die natürliche Aufgabe der politisch Verantwortlichen, darauf zu reagieren.

Wir besitzen mit dem Deutschen ein einzigartiges und hochkomplexes Instrument der Weltaneignung und des Ausdrucks. Ein gewichtiger Teil des literarischen, philosophischen und naturwissenschaftlichen Weltkulturerbes ist auf deutsch geschrieben worden. Aber unsere Sprache verliert täglich an Bedeutung.

Um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert war Deutsch eine wichtige wissenschaftliche Publikationssprache. Bis in die



MdB Dr. Kirsten Muster



MdB Andrea Kersten

1930er Jahre mussten US-Chemiker nachweisen, dass sie Deutsch konnten. In Portugal waren Deutschkenntnisse für Juristen obligatorisch, in Japan für Mediziner. Das ist vorbei.

Die Sprache von 84 Chemie-, Physik- und Medizin-Nobelpreisträgern (plus neun Österreichern) ist inzwischen zum Wissenschaftsdeutsch geschrumpft. Wichtige Symposien hierzulande finden längst zweisprachig, wenn nicht ausschließlich englisch statt. Die Geisteswissenschaften wurden in „Humanities“ umbenannt; immer mehr Hochschulen zwischen Rostock und Freiburg taufen ihren Lehrkörper in „staff“ um. Allein die TU München bietet 41 rein englischsprachige Studiengänge an. Ob Mathematik, Medizin, Ökonomie, Psychologie oder Kulturgeschichte, die internationale Forschung nähert sich der kompletten Anglizisierung. Englischsprachige Fachpublikationen kommen weltweit auf einen Anteil von über 90 Prozent, gerade ein Hundertstel erscheint noch auf Deutsch. Wer sich nicht englisch artikuliert, wird

Fortsetzung auf Seite 2

Grußwort

Geist der Römischen Verträge: Europäische Union von heute ein Sündenpfuhl

Liebe Mitstreiter, Freunde und Förderer der AfD, liebe Bürger,



Dr. Frauke Petry

Mitglied des Sächsischen Landtags, Vorsitzende der AfD-Fraktion, Landesvorsitzende Sachsen, Bundesvorsitzende

vor 60 Jahren, am 25. März 1957, wurden die Römischen Verträge unterzeichnet. Sie werden heute gemeinhin als das Gründungsdokument der EU gehandelt. Aber sind sie das wirklich?

Was würden Konrad Adenauer und Charles de Gaulle beispielsweise dazu sagen, dass im Europaparlament der Grundsatz „One man, one vote“ ausgehebelt wird? Die Sitzverteilung im EU-Parlament ergibt, dass beispielsweise eine in Schweden abgegebene Wählerstimme fast doppelt so viel zählt wie eine deutsche, nämlich 1,8mal so viel (Schweden hat 9,5 Millionen Einwohner und 20 Sitze, Deutschland 81 Millionen Einwohner und 96 Sitze). Eine griechische Stimme zählt 1,6mal so viel wie eine deutsche (11 Millionen Einwohner, 21 Sitze), eine zypriotische 6,3fach (0,8 Mio, 6 Sitze) und eine aus Malta 10mal so viel (0,5 Mio, 6 Sitze).

Was wäre das für ein Bundestag, wo eine Stimme aus Bremen mehr wert ist als eine aus Bayern?

Natürlich kann man jetzt sagen, dass das Europaparlament gegenüber den Brüsseler Spitzen noch viel weniger zu melden hat als der Bundestag gegenüber der Merkel-Administration. Deswegen bekommen die Spitzenbeamten der EU auch höhere Gehälter als die Chefs der nationalen Regierungen. 2013 meldete die

„Welt“, dass 4.365 EU-Beamte mehr verdienen als die Bundeskanzlerin.

„Europa wird niemals eine Aktiengesellschaft sein“, schrieb der französische Literaturnobelpreisträger François Mauriac in seiner Biographie von Charles de Gaulle. Das war 1964, damals bestand die Gefahr noch nicht, doch der Schriftsteller hatte hellseherisch erkannt, dass es womöglich einmal dahin kommen könnte. „Vielleicht“, fuhr Mauriac fort, „wird Europa schließlich einmal eine wirkliche Familie, das heißt ein festgefügtter, enger Verband konvergierender und einander zuwiderlaufender Interessen und aus einer blutigen Vergangenheit ererbter Leidenschaften. Jedes Mitglied dieser glanzvollen Familie hat sein eigenes Ingenium und dementsprechend seine besondere Berufung.“ Das meinen wir, wenn wir vom Europa der Vaterländer sprechen, vom europäischen Staatenbund.

Die Unterzeichner der Römischen Verträge hätten wahrscheinlich ihre Füllfederhalter weggeworfen, wenn sie gewusst hätten, dass eines Tages EU-Beamte für 500 Millionen Europäer einheitliche Verhaltensregeln deklarieren würden, dass sie den Kontinent der Vielfalt einmal dem wüstesten Zentralismus in seiner Geschichte unterwerfen würden, bis hin zur genormten Gurke und zu angeblich „kultursensiblen“ Sprachvorschriften.

Ein Bestandteil der Römischen Verträge war übrigens die Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM). Der von Angela Merkel initiierte deutsche Ausstieg aus der Atomenergie – sicherlich der populistischste Akt in der Geschichte der Bundesrepublik – hat Deutschland in Europa ebenso isoliert wie die Energiewende und die Förderung der Masseneinwanderung. Dank Merkel hat sich Deutschland nicht nur aus dieser Technologie verabschiedet und nimmt die sichersten Meiler der Welt peu à peu vom Netz, nein, das Land, in dem die Kernspaltung entdeckt wurde, hat sich auch aus der Kernenergieforschung verabschiedet. Sollte irgendwann eine Technologie der Atommüll-Wiederaufbereitung entdeckt werden, stehen wir als die Deppen des Planeten da. Heute ist ein guter Anlass, daran zu erinnern.

auch nicht mehr wahrgenommen. Der frühere Bundeskulturminister Nida-Rümelin sagte auf einer Podiumsdiskussion, Deutsch als Wissenschaftssprache sei „tot“.

In der Wirtschaft dasselbe: Unternehmen wie Siemens, BMW oder die Deutsche Bank haben Englisch zur verbindlichen internen Konversationsmundart erhoben.

In der Öffentlichkeit befindet sich Denglisch auf dem Vormarsch: Man sieht in deutschen Städten Xmas-Shops und Jobcenter, es gibt International Food und Outdoorschuhe zu kaufen, die Nachrichten nennen sich „newstime“, die Bahn hat Ticketcounter installiert; der Bundesjustizminister verfolgt hate speech, und sogar gewissen Mächtigen-Reinheitsdeutschen fällt nichts Dümmeres ein, als sich Skinheads zu nennen. Hinein ins weekend feeling!

Was ist zu tun?

Wir müssen zuerst verhindern, dass der Geist immer mehr aus dem Deutschen ins Englische abwandert. Es hat keinen Sinn, das Englische schwächen zu wollen – wir müssen es im Gegenteil besser lernen. Aber erstens nicht auf Kosten und anstelle des Deutschen, sondern konsequent parallel zum unserer Sprache. Und zweitens eben richtiges Englisch, und kein Denglisch.

Artenvielfalt ist ein Wert an sich; in den verschiedenen Arten probiert die Natur ständig etwas Neues aus, und mit den Sprachen verhält es sich ähnlich. Mehrsprachigkeit bedeutet nicht nur Kultiviertheit, sie fördert auch die Intelligenz. Man kann sich nur komplex in einer Fremdsprache ausdrücken, wenn man es zuerst in der eigenen gelernt hat.

Um auf die offenkundige Schutzwürdigkeit und immer mehr auch Schutzbedürftigkeit unserer Sprache hinzuweisen, wollen wir sie in der Verfassung verankern. Das ist ein symbolischer Akt. Es nicht zu tun, wäre übrigens auch ein symbolischer Akt. Und wir wollen die deutsche Sprache fördern, zum Beispiel, indem wir einen Preis ausloben für Menschen, die sich treffende neue deutsche Begriffe für die vielen – unverdaut in unserer Sprache herumliegenden Anglizismen ausdenken – so wie das jahrhundertlang MIT FREMDWORTEN geschehen ist. Wussten Sie, dass es vor 200 Jahren etwa die Worte „tatsächlich“, „Streitgespräch“ oder „Minderheit“ noch nicht gab? Man sagte: faktisch, Debatte und Minorität. Ist es nicht besser, sechs Worte zu haben statt drei?



AFD-FRAKTION IM SÄCHSISCHEN LANDTAG

Frauke Petry

Eine Stellungnahme von MdL Carsten Hütter · Drs. 6/8627, Drs. 6/1822

Der Verfassungsschutz und die AfD-Fraktion

Fluch und Segen liegen oft dicht beieinander. So verhält es sich auch mit dem Verfassungsschutz. Auf der einen Seite besteht mit unserem Inlandsnachrichtendienst ein wichtiges Instrument, um die freiheitlich-demokratische Grundordnung sowie den Bestand und die Sicherheit des Bundes und der Länder zu schützen. Auf der anderen Seite ist er eine kostenintensive Institution, die von außen kaum kontrollierbar ist und schnell wie ein Damoklesschwert über jenen hängt, die zwar etwas energischer im Auftreten sind, aber längst keine verfassungsfeindliche Gesinnung haben.

Die Grenzen zwischen drastischen Ansichten und tatsächlichen Bestrebungen, die sich gegen unsere demokratische Ordnung richten, sind mitunter fließend. Das liegt in der Natur der Sache und macht diese auch so kompliziert.

Unsere Fraktion richtet sich nicht gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung, ganz im Gegenteil, wir wollen diese ja gerade schützen und im Sinne möglichst weitreichender Bürgerrechte fortentwickeln. Gleiches gilt selbstverständlich für die Partei als solche. Grundlage für die politischen Bestrebungen der Fraktion ist das Grundsatzprogramm der AfD, das auf dem Bundesparteitag in Stuttgart im vorigen Jahr beschlossen wurde.

Die AfD will auch in keiner Weise Verfassungsgrundsätze außer Kraft setzen, wenngleich sie einzelne Artikel der Verfassung ändern möchte. Das ist zum Beispiel notwendig, um Volksentscheide auch auf Bundesebene durchführen zu können oder das Asylrecht zu reformieren. Insbesondere bei der Stärkung der direkten Demokratie hat die AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag beständige Arbeit geleistet. Bereits kurz nach dem Einzug unserer Abgeordneten ins Parlament wurde die Sächsische Staatsregierung dazu aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass Volksentscheide auf Bundesebene umgesetzt werden (Drs. 6/734). Und auch für wirkliche Verbesserungen im Asylverfahren setzte sich die AfD-Fraktion Sachsens mit Anträgen (Drs. 6/3218) bei der Staatsregierung ein. Wer aber nur einzelne Passagen des Grundgesetzes ändern möchte, nicht je-

doch dessen Kernaussagen, ist grundsätzlich kein Verfassungsfeind. Da der Fall bei der AfD genauso liegt, ist sie als gesamte Partei auch kein Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes.

Anders liegt der Fall bei einzelnen Parteimitgliedern. Da die AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag (oder auch der Parteivorstand) für die Mitglieder richtigerweise kein „Vormund“ ist, kann die Fraktion schlechterdings darüber entscheiden, was diese zu denken oder zu tun haben. Andererseits werden die Handlungen der Mitglieder aber, wie beispielsweise Kontakte zu Personen, die ihrerseits vom Verfassungsschutz beobachtet werden, der Partei und damit auch der Fraktion indirekt zugerechnet. Wegen solcher Kontakte werden einzelne AfD-Mitglieder vom Verfassungsschutz beobachtet. Deutschlandweit gab es im letzten Jahr einzelne Presseartikel hierzu, so zum Beispiel, dass AfD-Mitglieder in Bayern vom bayerischen Verfassungsschutz beobachtet werden, weil sie u. a. Kontakte zu dortigen Pegida-Bewegungen hatten.

Nun hat Mitte Februar auch der sächsische Innenminister Markus Ulbig geäußert, dass in Sachsen ebenfalls einzelne Mitglieder beobachtet werden, nicht jedoch wegen deren Parteizugehörigkeit oder Parteilarbeit, sondern wegen ihrer Kontakte in extremistische Kreise.

Wie jedes Bundesland hat auch Sachsen eine eigene Behörde für Verfassungsschutz; der Bund unterhält eine weitere von den Ländern separierte Behörde. In Sachsen werden durch das Landesamt für Verfassungsschutz seit 1992 Personenzusammenschlüsse und auch Einzelpersonen beobachtet, wobei sich das Budget des Nachrichtendienstes kontinuierlich erhöht hat. Betrug dieses im Jahr 2000 knapp acht Millionen Euro bei 205 Mitarbeitern, sind es aktuell 15,3 Millionen Euro bei 195 Mitarbeitern. Auch das Bundesamt für Verfassungsschutz wächst beim Budgetbedarf beständig; so hat es aktuell ein Budget von knapp 349 Millionen Euro, im Jahr 2003 waren es noch 144 Millionen Euro.

Dass gerade junge oder tendenziell „gegnerische“ Parteien bzw. deren Mitglieder von den verschiedenen Verfassungsschutzbehör-



MdL Carsten Hütter

den beobachtet werden, ist nichts Außergewöhnliches. So wurde beispielsweise „Die Linke“ seit ihrer Gründung bis vor wenigen Jahren beobachtet, insbesondere auch Gregor Gysi oder Bodo Ramelow, der nun Ministerpräsident in Thüringen ist.

Der Verfassungsschutz bewegt sich dabei mitunter schnell im Spannungsfeld zwischen legitimer Beobachtung und – egal, ob gewollter oder ungewollter – Beeinflussung der gesellschaftlichen Haltung den beobachteten Personen oder Parteien gegenüber.

Gerade im Falle der AfD und unserer Fraktion in Sachsen ist dies so, da sich alle etablierten Parteien redlich bemühen, sie auf der politisch ganz rechten Seite zu verorten und dort zu isolieren. Nicht wenige hoffen – und hoffen auch immer noch –, dass das beabsichtigte Ergebnis doch endlich eintreten mag und sich die AfD in jener rechtsnationalen, extremen Gesinnung verfängt, die ihr immer zugedacht und in die sie fortlaufend hineingedrängt wird. Das soll zu einer entsprechenden Stigmatisierung mit allen Konsequenzen (Verlust von Wählern und Mitgliedern, Verlust von Spendern etc.) führen.

Fortsetzung auf Seite 4



Landesamt für Verfassungsschutz

Fortsetzung von Seite 3

Nicht unproblematisch bei der Beobachtung durch den Verfassungsschutz sind auch dessen Instrumente. Diese reichen von der einfachen Informationsbeschaffung durch Teilnahme an öffentlichen Auftritten der Beobachteten oder dem Studium deren Broschüren, Flyern oder Internetseiten, bis hin zur Telekommunikationsüberwachung und dem Einsetzen von V-Leuten.

Gerade das Einschleusen oder Anwerben von V-Leuten kann heikel werden. Im Rahmen der Aufarbeitung der Verbrechen des „Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU)“ beispielsweise, ist durch mehrere Presseartikel bekannt geworden, dass V-Leute selbst straffällig geworden sind und darüber hinaus zu beobachtende Personen sogar zu Straftaten animiert haben sollen.

Keine Organisation oder Partei ist davor gefeit, dass versucht wird, von außen auf diese einzuwirken, um diese in extremistische Richtungen zu treiben – auch nicht die AfD. In diesem Sinne ist in der Mitgliedschaft darauf zu achten, dass Vorschläge, die in zweifelhaften Richtungen gehen oder von kaum bekannten Neumitgliedern in aller Schnelligkeit „durchgedrückt“ werden sollen, kritisch hinterfragt werden. An dieser Stelle ist grundsätzlich Vorsicht geboten, was nicht heißen soll, dass jedes besonders aktive Neumitglied unter Generalverdacht gestellt werden soll. Im Gegenteil, solange man sich am Grundsatzprogramm orientiert, ist konstruktive Mitarbeit mehr als willkommen, gerade von neu Eingetretenen. Dafür spricht sich unsere Fraktion im Landtag klar aus.

Die AfD Sachsen kontrolliert bei der Mitgliederaufnahme besonders streng den Hintergrund der Antragsteller. Nach einer Ausschlussliste darf nicht aufgenommen werden, wer vormalig in einer extremistischen Partei, in einem Verein, in einer Gruppierungen oder in einer extremistischen Musikgruppe bzw. als Liedermacher aktiv war. Damit ist der sächsische Landesverband bundesweit Vorreiter, er hat sogar strengere Aufnahmekriterien als beispielsweise die CDU. Sollte sich

trotz Kontrolle, unter Vortäuschung falscher Angaben beispielsweise, später herausstellen, dass doch ein Mitglied aufgenommen wurde, welches nach Satzungsrecht nicht hätte aufgenommen werden dürfen, so erfolgt ein Parteiausschlussverfahren. Die AfD-Landtagsfraktion bildet mir ihrer differenzierten und alles andere als extremistisch zu bezeichnenden Arbeit die Speerspitze für demokratische und freiheitliche Gesinnungen.

Vor dem Hintergrund der Bemühungen der Landtagsabgeordneten, extremistische Bestrebungen – egal, wo – zu bekämpfen, ist es besonders ärgerlich, wenn die AfD und ihre Mitglieder durch die politischen Mitbewerber gebetsmühlenartig als rechtsextrem oder rechtsradikal diffamiert wird.

Die AfD-Fraktion nimmt nun eine zunehmend offensive Haltung beim Thema Extremismus ein und setzt auf größtmögliche Transparenz, sowohl bei sich selbst auch bei anderen.

Vor diesem Hintergrund sind auch die Kleinen Anfragen Drs. 6/8627 bis 6/8631 unserer Fraktion im Sächsischen Landtag zu verstehen, in denen wir danach fragten, ob Parteimitglieder der im Landtag vertretenen Fraktionen vom Verfassungsschutz wegen ihrer Kontakte zu extremistischen Organisationen durch den Verfassungsschutz beobachtet werden.

„Mut zur Wahrheit“ ist für uns nicht nur ein Credo, das wir immer dann bemühen, wenn es gerade passt, sondern ein generell und immer gültiger Grundsatz.

Wer das Handeln unserer Fraktion im Sächsischen Landtag verfolgt, der weiß, dass wir uns klar gegen jeden Extremismus, egal, ob rechts, links oder religiös motiviert, stellen – von Anfang an. So beispielsweise mit unserem Antrag „Verurteilung jeglicher politischer Gewalt“ Drs. 6/3458, dem jedoch leider keine andere Fraktion zustimmte.

Aktuell haben wir uns in einem Redebeitrag bei der Plenarsitzung vom 02. 02. 2017 zu diesem Thema wieder klar positioniert. Politisch motivierte Gewalt wurde deutlich abgelehnt, striktes Vorgehen gegen Verfassungsfeinde wurde betont.



MdL Carsten Hütter

Unerwähnt bleiben sollte auch nicht, dass die AfD-Landtagsfraktion schon seit geraumer Zeit Bürger-Diskussionsabende zum Thema Extremismus in verschiedenen Städten Sachsens durchgeführt hat.

Vorläufiger Höhepunkt in diesem Jahr: der von allen AfD-Landtagsfraktionen gerade erst gemeinsam organisierte Extremismus-Kongress in Berlin am 18. 03. 17, bei dem namhafte Professoren und Experten auf dem Gebiet Extremismus und Politik sprachen. In der kommenden Blauen Post werden wir hierüber ebenfalls detailliert berichten.

Man kann der Radikalisierung innerhalb der Gesellschaft auf verschiedenste Art und Weise begegnen. Die AfD-Fraktion ist davon überzeugt, dass Aufklärung und die unmittelbare Beteiligung der Bürger an politischen Entscheidungen das beste Instrument gegen Extremismus und für Demokratie ist.

Die Verfassungsschutzbehörden stehen im Dienste der Demokratie. Ihre Arbeit ist angesichts zunehmender Gefahren und Gewalt von islamistischen, rechts- und linksextremistischen Gruppierungen wichtig und berechtigt. Dies ist der Fall, solange der Verfassungsschutz die demokratischen Grundsätze einhält, die er zu schützen hat.

Über die demokratischen Grundsätze in einem Staat entscheidet dessen Bevölkerung. Sie ist der Souverän im Land, von dem alle Staatsgewalt ausgeht. So steht es in Artikel 20 des Grundgesetzes und das ist auch gut so. Das Volk entscheidet deshalb konsequenterweise auch darüber, was als extremistische Gesinnung oder Handlung gilt und was nicht. Wenn die Einschätzungen des Verfassungsschutzes oder einer Partei von dem allgemeinen Standpunkt der Bürger dabei zu sehr abweichen, laufen diese Gefahr, nicht ernst genommen zu werden und damit letztendlich ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen zu können. Der Nachrichtendienst könnte die Verfassung nicht mehr schützen und die Landtagsabgeordneten der Partei keine Politik für die Bürger machen. Damit wäre am Ende niemanden geholfen: weder dem Verfassungsschutz, noch der Politik und erst recht nicht dem Volk. *MdL Carsten Hütter*

Nur eine Frage des Niveaus

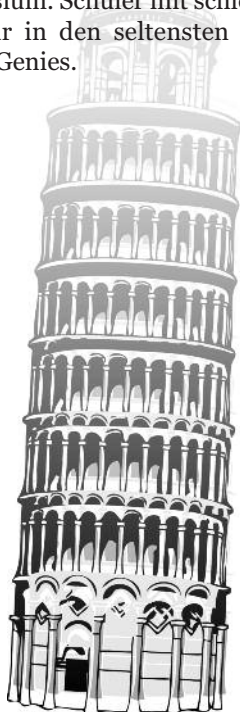
Zur neuen Bildungsempfehlung in Sachsen

Die sächsische Staatsregierung hat seit 26 Jahren rechtswidrig gehandelt. Seit einem Vierteljahrhundert wurden die Bildungsempfehlungen für das Gymnasium ohne gesetzliche Grundlage erteilt. Das wurde vom sächsischen Oberverwaltungsgericht im Oktober 2016 festgestellt.

Um den Sachsen die Unfähigkeit der eigenen Regierung möglichst schnell vergessen zu lassen, erarbeitete die CDU/SPD-Koalition in einer für ihre Verhältnisse äußerst kurzen Zeit eine neue Bildungsempfehlung. Die CDU hat hierbei mal wieder alles gegeben, um der SPD zu gefallen. Daher wurde die neue Empfehlung ganz im Sinne links-rot-grüner Ideologie ausgestaltet. Ab sofort kann jeder Schüler auf das Gymnasium gehen. Wenn die Eltern ihr Kind auf das Gymnasium schicken wollen, obwohl im Zeugnis nur Vieren stehen, dann ist auch das jetzt möglich. Nicht mehr die Leistung der Schüler zählt, sondern allein der Elternwille.

Die von SPD, Grünen und Linken sehnlichst herbeigewünschte Gesamtschule lässt grüßen.

Die AfD-Fraktion hat hiergegen klare Stellung bezogen. Als einzige Partei im Sächsischen Landtag haben wir nicht nur den Gesetzentwurf abgelehnt, sondern zugleich und wiederum als einzige Fraktion einen eigenen Änderungsantrag gestellt. Wir treten für einen leistungsbezogenen Zugang zum Gymnasium ein. Ausschlaggebend können allein die erbrachten Noten sein. Wir fordern einen Notendurchschnitt von mindestens 1,8 als Zugangsvoraussetzung für das Gymnasium. Schüler mit schlechten Noten sind nur in den seltensten Fällen unerkannte Genies.



MdL Andrea Kersten

Die Staatsregierung hingegen betreibt eine inflationäre Bildungspolitik. Mit der neuen Bildungsempfehlung befeuert sie diese Inflation weiter.

Im Jahre 1960 machten nur ca. sechs Prozent eines Jahrgangs Abitur. In Sachsen sind es mittlerweile 47 Prozent. Das Überschreiten der 50-Prozent-Marke ist mehr als wahrscheinlich.

In anderen Bundesländern kam es nach der Abschaffung verbindlicher Bildungsempfehlungen zu einem Anstieg der Abiturientenquote um bis zu zehn Prozent. Würde sich dieses Szenario in Sachsen durchsetzen, würde der Freistaat bald an die 60 Prozent Gymnasiasten haben.

Frau Kultusministerin Kurth hingegen geht lediglich von einem Anstieg zwischen ein bis zwei Prozent aus. Von den etablierten Parteien sind diese Werte durchaus gewollt. Denn es ist deren erklärtes politisches Ziel, eine möglichst hohe Abiturientenquote zu erreichen. Diese Quoten werden nicht dadurch erreicht, weil es in Deutschland im Vergleich zu 1960 so viel mehr schlaue Kinder gibt. Erreicht werden sie nur, weil das Niveau am Gymnasium drastisch abgesenkt wurde und weiterhin abgesenkt wird.

Tatsache ist, dass ein Großteil der Abiturienten heute nicht mehr in der Lage ist, ohne Weiteres ein Studium aufzunehmen und erfolgreich zu beenden. Sie haben Defizite beim Lesen längerer Texte, in Mathematik und den Naturwissenschaften.

Das gilt bundesweit und auch im Pisa-Musterland Sachsen. Fast jede Universität oder Fachhochschule bietet Vorkurse, Nachhilfekurse und Schreibberatung an. Hier wird aber nicht etwa die höhere Mathematik wiederholt, sondern elementarer Stoff der Mittelstufe, der von den Abiturienten eigentlich beherrscht werden müsste.

Das Abitur ist zur Massenware verkommen, es ist keine Hochschulreife mehr, sondern lediglich die Fahrkarte zu einem Studium. So verwundert es kaum, dass die Abbruchquoten an den Universitäten in den Mint-Fächern bei 50 Prozent und darüber liegen. Und statt die Oberschule zu stärken, schwächen CDU und SPD sie durch die neue Bildungsempfehlung weiter.

Welche Eltern schicken ihr Kind noch zur Oberschule, wenn sie, ohne Voraussetzungen erfüllen zu müssen, das Gymnasium besuchen können? Paradox ist es, wenn Staatsministerin Kurth in diesem Zusammenhang an die Eltern appelliert, mit Bedacht an ihre Entscheidung heranzugehen. Verstärkte Anmeldezahlen an den sächsischen Gymnasien werden aber dennoch nicht ausbleiben. Wir brauchen aber nicht noch mehr schlechte Schüler an den Gymnasien. Was wir brauchen sind mehr gute Schüler an den Oberschulen und Abiturienten, die studierfähig sind. Dafür setzt sich die AfD-Fraktion ein.

MdL Andrea Kersten

Linke Ideologie als Todesstoß für eine ganze Region

Ohne Braunkohle stirbt die Lausitz – linken Träumern scheint das egal zu sein!



MdB Jörg Urban

Man stelle sich ganz einfach vor, dass wir in Deutschland eigentlich gut dran sind: Wir haben mit der Braunkohle eine natürliche Ressource, aus der wir noch Jahrzehnte Energie gewinnen können. Wir haben die Technologie, um diese Energie sauber und umweltfreundlich zu gewinnen. Wir müssen keinen Strom auf internationalen Märkten teuer zukaufen. Wir sichern auf diese Weise 20.000 Arbeitsplätze, die direkt oder indirekt von der Verstromung der Braunkohle abhängen. Alles in allem könnte man doch sagen: Wir haben es gut getroffen. Das sehen linke Tagträumer und Ideologen anders. Braunkohle und CO₂, das sind ihre erklärten Feindbilder. Dabei ist es unerheblich, dass das „Menschengemachte“ am Klimawandel bisher unbewiesen ist. Dabei ist die Frage unerheblich, ob ein Klimawandel nicht mehr Vor- als Nachteile bringt. Dabei ist es auch unerheblich, dass Deutschland gerade mal 2 % des weltweiten CO₂ produziert und damit praktisch keinen Einfluss auf die globale Menge dieses Gases hat. CO₂ und Braunkohle wurden zu Feindbildern erklärt. Per links-grünem Beschluss, ohne wissenschaftlichen Rückhalt. Den braucht man dazu nicht, schließlich gilt es, etwas zu bekämpfen, nicht, etwas für das Wohlergehen unseres Landes zu tun.

Was wäre wenn? Ein Szenario.

Die Linke fordert einen Ausstieg aus dem Braunkohlenabbau bis 2040, möglichst schon eher. Spielen wir doch mal durch, welche Folgen ein solcher Komplettverzicht hätte:

1. Der Ausstoß an CO₂ würde sinken. Da aber Deutschland im globalen Vergleich nur eine minimale Menge an CO₂ produziert, wäre diese Verringerung weltweit kaum messbar. Auswirkungen auf das Klima hätte sie ganz sicher nicht.
2. Eine sichere Energieversorgung wäre aus eigener Kraft nicht mehr möglich. Denn die sogenannte „erneuerbare“ Energie steht nur dann zur Verfügung, wenn Sonne und Wind vorhanden sind. Fehlt es an beidem, müssen Kohle- oder Atomkraftwerke einspringen. Da aber nach dem Willen der Regierung beide Arten der Energiegewinnung abgeschafft werden sollen, müsste Deutschland dann entweder im Dunkeln sitzen oder Strom aus dem Ausland zukaufen – Schätzungen nach für ungefähr 72 Milliarden Euro pro Jahr. Eine Summe, die auf die Stromrechnungen jedes Einzelnen umgelegt würde. Ohne Not, denn es gibt einheimische Ressourcen, um Energie zu gewinnen.
3. Die deutsche Wirtschaft würde im internationalen Wettbewerb geschwächt. Schon jetzt sind die hohen Energiekosten hierzulande ein Standortnachteil. Ein weiterer Anstieg dieser Kosten würde zur Abwanderung oder zur Schließung ganzer Wirtschaftszweige führen.
4. Die Lausitz als Region würde verarmen. Heute gehört der Landstrich zu denen mit der höchsten Arbeitslosigkeit. Fielen die 20.000 Arbeitsplätze weg, würde die Region zum Armenhaus. Neben den Arbeitsplätzen fehlten den Kommunen dann auch die Steuereinnahmen. Linke fordern für einen „Strukturwandel“ in der Region gerade mal 10 Millionen Euro.

Gängelung überall

Das alles zeigt den Wahnsinn eines übereilten Ausstiegs aus der Braunkohle – Wahnsinn mit Methode. Denn die Linke versucht

alles, um einen Weiterbetrieb der vorhandenen Tagebaue und Kraftwerke zu erschweren. Dazu ein paar Beispiele:

- Die wasser-, naturschutz- und immissionsschutzrechtlichen Vorgaben sollen verschärft werden. Ein wirtschaftlicher Betrieb der Anlagen wäre nicht möglich.
- Die Regelungen im Emissionshandel sollen verschärft werden – für Kraftwerksbetreiber unzumutbar.
- Die Sicherheitsleistungen, welche die Tagebaubetreiber hinterlegen müssen, sollen verschärft werden.
- Man fordert eine 1:1-Umsetzung der Beschlüsse der Pariser Klimakonferenz von 2015. Das würde automatisch ein Aus für den Braunkohlenabbau bedeuten.
- Eine Abgabe für die Wasserentnahme in den Tagebauen soll eingeführt werden.
- Bis 2040 soll der komplette Ausstieg erledigt sein.

Alle Forderungen haben nicht den Sinn, die Region zu stärken. Sie zielen darauf ab, den beteiligten Firmen die Förderung und Verstromung der Kohle so unattraktiv wie möglich zu machen. Dass dabei eine Region unter die Räder kommt, wird als Kollateralschaden in Kauf genommen.

Viele ungeklärte Fragen

Bis heute sind viele grundlegende Fragen zu CO₂-Ausstoß und Klimawandel wissenschaftlich nicht erschöpfend geklärt. Dazu gehören:

- Gibt es einen Zusammenhang zwischen CO₂-Ausstoß und Klimaerwärmung? Oder sind die Veränderungen im Klima nicht Teile eines weltgeschichtlichen Prozesses, der sich in langen Zeiträumen abspielt? Schließlich gab es schon mehrfach eine Eiszeit und an Grönlands Küsten wurde Ackerbau und Viehzucht betrieben, ohne dass es einen vom Menschen gemachten CO₂-Ausstoß gegeben hätte.
- Bringt eine höhere Konzentration von CO₂ in der Atmosphäre nicht sogar mehr Vor- als Nachteile? Das Gas – ein Motor des Wachstums von Pflanzen! Grüne

Landschaften könnten entstehen, wo heute noch graue Steppen sind.

- Ist es nicht von Vorteil, wenn die globale Temperatur moderat ansteigt? Die Kosten, die mit Bewältigung von „Kälte“ zusammenhängen, würden geringer, fruchtbares Neuland könnte entstehen.

Fragen, die wissenschaftlich geklärt werden sollten. Was aber kaum möglich ist, weil all jene Wissenschaftler, die nicht der vorgegebenen These vom „Klimakiller CO₂“ folgen, totgeschwiegen und in ihrer Arbeit behindert werden. Jene Wissenschaftler, die dieser vorgegebenen Ideologie folgen, blamieren sich dabei immer wieder. Trotz Weltuntergangsszenarien blieb die globale Durchschnittstemperatur trotz gestiegenen CO₂-Anteils in den letzten 15 Jahren annähernd konstant. Es gibt nicht einmal einen statistisch nachweisbaren Anstieg der globalen Temperatur. Interessant, dass die verschiedenen Weltuntergangsgeschichten immer als „Szenario“, nie als „Prognose“ verkauft werden. Bei einem Szenario kann man schließlich irren.

Deutschland als Retter der Welt?

Es ist lächerlich, wenn man annimmt, dass Deutschland mit seinem minimalen Anteil am weltweiten CO₂-Ausstoß auch nur eine Winzigkeit an dessen Gesamtbilanz ändern könnte. Wenn wir unseren Anteil am globalen Aufkommen des Gases verdoppeln, hätte das genau so wenig Auswirkung, als wenn wir den Ausstoß einstellen würden. Rund 97 Prozent des weltweiten CO₂ stammen aus biologischen und natürlichen Vorgängen, die Verbrennung fossiler Brennstoffe macht den geringen Rest aus. Niemand wird also irgendetwas am Weltklima verändern, wenn er die Tagebaue und Kraftwerke der Lausitz stilllegt. Aber er wird einer Region den Todesstoß versetzen. Er wird ohne Not eine funktionierende Industrie abwürgen, die im Gegensatz zu Windkraft und Solarbetreibern ohne jede Subvention auskommt.

Als AfD-Fraktion tun wir natürlich unser Möglichstes, um diesem Wahnsinn Einhalt zu gebieten. Dazu gehört, dass wir immer die Widersprüche und Ungereimtheiten der vielgepriesenen „Energiewende“ anprangern. Sorgen wir also auch Zukunft dafür, dass die Menschen in der Lausitz ein sicheres Auskommen haben. Sorgen wir dafür, dass in ganz Deutschland die Energieversorgung sicher ist. Und sorgen wir dafür, dass diese Energie auch bezahlbar ist – ohne linksgrüne Träumereien auf Kosten von uns allen.

MdL Jörg Urban

Die Wirtschaft beruht auf dem Mittelstand

AfD-Fraktion setzt sich für stärkere Nachwuchsförderung für Sachsens Betriebe ein



Eröffnung der der Karrierestart 2017 durch Dr. Andreas Brzezinski, dem Geschäftsführer der Handwerkskammer Dresden, Dr. Günter Brunsch, dem Präsidenten der IHK Dresden und Dr. Frank Pfeil, Staatssekretär im Kultusministerium (Mitte v. r. n. l.) MdL Mario Beger 2. v. l. Foto: Henry Müller

Am 20. Januar des Jahres besuchte ich als Vertreter der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag die 19. Bildungs-, Job- und Gründermesse „KarriereStart“. Fast 500 Aussteller präsentierten sich auf 20.000 m² Fläche – ein neuer Rekord. Sachsens größte Karrieremesse fand selbstverständlich am Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Dresden statt.

Kultur-Staatssekretär Dr. Frank Pfeil eröffnete die „KarriereStart“ am Freitag, 10 Uhr offiziell und führte uns während eines darauf folgenden Rundganges zu einigen wichtigen Ausstellern der Region.

Diese stellten Angebote zu Lehrstellen, Studium, Jobs und Existenzgründung in Sachsen und darüber hinaus vor. Sie gaben außerdem umfassende Informationen zur Planung jeder Bildungs-, Studien- und Karrierephase, des Studiums, der Jobs sowie zur Existenzgründung. In den vielen Gesprächen wurde mehrfach heraus gestellt, dass es das oberste Ziel der sächsischen Wirtschaft sein muss, Fachkräfte auszubilden, diese hier zu halten bzw. zurück zu holen. Außerdem wurde betont, dass die Schaffung eines guten Gründungsklimas

das Personaldefizit in der handwerklichen Branche verringern würde. Es sei besonders wichtig, weitere Betriebe zu gründen, da eine gute Wirtschaft auf stabilen Mittelstand beruhe.

Die Nachwuchsförderung für Sachsens Betriebe ist für die AfD-Fraktion eminent wichtig. Mehrere kleine Anfragen (Drs. 6/6042, Drs. 6/4045 etc.) insbesondere zur Umsetzung und dem Stand des Meister- und Technikerbonus, zeigen unseren Einsatz bei der Gewinnung, Fort- und Ausbildung geeigneten Nachwuchses.

Für mich ist die Bildungsmesse ein hervorragendes Angebot für jeden Lehrstellensuchenden und Bildungswilligen, denn sie bietet alles rund um das Thema Schule, Studium, Beruf und Ausbildung. Leider sah ich am 20. Januar keinen weiteren Abgeordneten des Sächsischen Landtags, weder bei der feierlichen Eröffnung, noch während des sehr interessanten Rundganges. Das sollte uns sehr zu denken geben, denn „Wettbewerbsfähigkeit beginnt im Klassenzimmer!“

MdL Mario Beger

+++ Extremismus in Sachsen +++ Ein Land im Fadenkreuz +++



Bautzen

Erneut haben die Bürger Sachsens die Möglichkeit genutzt, mit den Abgeordneten der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag ins Gespräch zu kommen. Im Rahmen der Vortragsreihe „Extremismus in Sachsen – Ein Land im Fadenkreuz“ nutzten sie die Gelegenheit, nach den Vorträgen Hans-Hermann Gockels und der Fraktionsmitglieder ihre Ansichten, Sorgen und auch Ängste vorzubringen. Die Abgeordneten haben in herzlichen Gesprächen und in ihren Vorträgen immer wieder darauf hingewiesen, dass nur die AfD-Fraktion konsequent gegen jeden Extremismus vorgehen will – sowohl von rechts, links als auch religiös motiviertem.

Insbesondere zwei Veranstaltungen mit der AfD-Fraktionsvorsitzenden, Dr. Frauke Petry, in Leipzig und Lohmen stießen auf große Resonanz. Auch an anderen Orten reichten die Plätze oft nicht aus, um alle geeigneten Zuhörer unterzubringen.



Chemnitz



Großenhain



Gegenprotest in Leipzig



Reichenbach



Mittelsachsen



Lohmen

Der lange Weg der Petitionen



MdL Gunter Wild

Der AfD-Landtagsabgeordnete Gunter Wild ist Mitglied des Petitionsausschusses im Sächsischen Landtag. Kaum ein Ausschuss ist vielschichtiger und um kaum ein Thema gibt es so viele Mythen. Auch wenn die Petitionen grundsätzlich vertraulich behandelt werden, so ist es MdL Gunter Wild ein Anliegen, diesem Thema in seiner Gesamtheit etwas Transparenz zu verleihen.

Blaue Post (folgend BP): Welchen Grund gab es, dass Sie ausgerechnet Mitglied dieses Ausschusses werden wollten?

Gunter Wild (folgend GW): Ich habe mich immer für die Möglichkeit interessiert, wie sich die Bürger aktiv in die Politik einbringen können. Neben dem Instrument der Wahlen oder einer Parteimitgliedschaft können hier die Menschen gezielt ihre Anliegen vortragen. Ich finde das großartig und neben dem Instrument der Volksentscheide sind die Petitionen ein weiterer Baustein der direkten Demokratie.

BP: Wer kann Petitionen einreichen und welche Wege stehen den Petenten zur Verfügung?

GW: Eine Petition kann jeder Bürger unabhängig seines Wohnsitzes, Alters oder Staatsangehörigkeit im Sächsischen Landtag einreichen. Die Petition kann klassisch auf dem regulären Postweg oder seit einigen Jahren nun auch in elektronischer Form an den Landtag übermittelt werden.

BP: Welche Arten von Petitionen gibt es?

GW: Die bekanntesten Formen von Petitionen sind die Einzelpetitionen und Sammelpetitionen. Bei einer Einzelpetition reicht eine Einzelperson die Petition ein. Bei Sammelpetitionen handelt es sich um ein Anliegen, das durch mehrere Personen

unterstützt wird oder um eine Zusammenfassung mehrerer Einzelpetitionen.

BP: Gibt es Formvorschriften für Petitionen?

GW: Nein, Petitionen müssen schriftlich eingereicht werden. Hilfreich ist es, wenn der Petent sein Anliegen klar schildert – somit werden Nachfragen vermieden.

BP: Wie ist der Ablauf nach Einreichen einer Petition im Sächsischen Landtag?

GW: Zuerst durchläuft die Petition das reguläre Verwaltungsprozedere, das heißt, das Schriftstück bekommt ein Aktenzeichen und ist damit zukünftig nachvollziehbar. Nachdem die Landtagsverwaltung das Dokument dem Petitionsausschuss vorgelegt hat, erfolgt vom Petitionsdienst die Zuordnung an den Petitionsausschuss. Zu jeder Petition wird eine Stellungnahme der Staatsregierung angefordert. Alle eingegangenen Petitionen werden allen Mitgliedern des Petitionsausschusses zur Kenntnis gegeben. Hier können Ausschussmitglieder eine Mitberichterstattung beantragen. Die Berichterstatter bearbeiten die Petitionen und erhalten als Unterstützung eine Stellungnahme der Staatsregierung. Sind Petitionen von den Berichterstattern fertig bearbeitet, werden sie vom Petitionsdienst auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt und dort wird jede einzelne Petition aufgerufen, beraten und ggf. bei unterschiedlichen Auffassungen auch darüber abgestimmt.

BP: Wie viel Zeit benötigt dieser doch beachtliche Verwaltungsaufwand?

GW: Das lässt sich schwer sagen, da es auf die Komplexität der Petition ankommt. Es gibt Petitionen, die nach ein paar Monaten entschieden werden können, genauso wie es manchmal über ein Jahr dauern kann.

BP: Was passiert nach der Entscheidung im Petitionsausschuss?

GW: Die Entscheidungen des Petitionsausschusses werden als Sammeldruckvorlage in der nächsten Plenarsitzung behandelt. Hier hat jede Fraktion die Möglichkeit, ihre abweichenden Meinungen zu Protokoll zu geben. Zusätzlich bekommt sie zehn Minuten Redezeit im Plenum. In jedem Fall wird der Petent über die Entscheidung bezüglich seiner Petition benachrichtigt. Je nach Situation kann es auch notwendig sein, die Entscheidung an weitere zuständige Stellen, wie Staatsregierung oder Kommunalverwaltungen, zur Kenntnis, oder aber auch zur Berücksichtigung zu übergeben.

Mit Gesichtserkennung in den Überwachungsstaat?

Kennen Sie Filme, in denen alle Protagonisten von Kameras verfolgt werden? Wo eine falsche Bewegung für eine Festnahme ausreicht, weil ein Computer bemerkt hat, dass Sie gerade mit einem angeblichen Terroristen Botschaften über Augenkontakt ausgetauscht haben? Bisher ist das Science Fiction. Aber Vorsicht! Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat sich für Gesichtserkennung ausgesprochen und lässt neue Verfahren testen.

Das geht zu weit. Videoüberwachung in bestimmten Situationen: Ja! Automatische Gesichtserkennung, bei der ein Algorithmus einen Alarm auslöst: Nein! Es ist unklar, bei wem die Gesichtserkennung angewandt werden soll. Nur bei Terroristen? Generell bei Straftaten? Auch bei „abnormalem Verhalten“? Würden wir die anlasslose Gesichtserkennung einführen, wäre es nur noch eine Frage der Zeit, bis unerwünschte Meinungen dazu führen, dass man in das System kommt und überwacht wird. Dabei gibt es näherliegende Maßnahmen, um die innere Sicherheit zu stärken: mit Grenzkontrollen, personeller und technischer Stärkung der Polizei, konsequenter Ausweisung von ausländischen Gefährdern und Fußfesseln für inländische Gefährder ließe sich der Kontrollverlust am besten aufhalten. Absurd ist es, erst mit offenen Grenzen die Sicherheit aufzugeben und dann totale Überwachung einzuführen. Unsere Grenzen müssen gesichert und alle Einreisenden dabei kontrolliert und ggf. zuverlässig abgewiesen werden.

Fraglich ist, wie viel Personal für Auswertung des Videomaterials benötigt würde. In dem Stasi-Film „Das Leben der Anderen“ merkt der alles beobachtende Hauptmann Gerd Wiesler (Ulrich Mühe) mit der Zeit, dass es moralisch nicht zu vertreten ist, einfache Bürger, Oppositionelle und Künstler abzuhören und so in ihre Intimsphäre vorzudringen. Beamte in eine solche Situation zu bringen, dürfen wir nie wieder zulassen. Ich bin optimistisch, dass die Sachsen ihre DDR-Vergangenheit verstehen und sich gegen alle Überwachungspläne wehren werden. Videoüberwachung zur Abschreckung ist an öffentlichen Plätzen ein angemessenes Mittel. Gesichtserkennung in Echtzeit sollte besser Science Fiction bleiben.

MdL Sebastian Wippel

Haushaltssolidität wurde falsch verstandener Willkommenskultur geopfert!



MdL André Barth

Der Freistaat Sachsen hat im Jahr 2016 insgesamt über 831 Millionen Euro für die Aufnahme und Betreuung einschließlich Integration von Asylbewerbern ausgegeben. Demgegenüber stehen gut 392 Millionen Euro an Einnahmen, vorrangig durch Zuweisungen des Bundes. Dem Freistaat sind im zurückliegenden Jahr also 439 Millionen Euro an reinen Kosten entstanden, die er selbst zu tragen hat.

Dies geht aus meiner Kleinen Anfrage an die Staatsregierung hervor (Drs. 6/8164).

Schwerpunkte bilden demnach Aufwendungen für den Betrieb der Erstaufnahmeeinrichtung (167 Millionen Euro), Leistungen während des Aufenthalts in den Landkreisen und kreisfreien Städten (309 Millionen Euro) und Erstattungen von Kosten für unbegleitete minderjährige Asylbewerber (74 Millionen Euro).

Diese Entwicklung ist aus mehreren Gesichtspunkten bedenklich. Sachsen hat jahrelang gespart und die Bürger haben den Sparkurs aus Verantwortung für die kommenden Generationen mitgetragen. All diese Spardiktate bei der Bildung, der Infrastruktur und auch bei der inneren Sicherheit wurden in dem Moment über

Bord geworfen, als Frau Merkel hunderttausende „Neubürger“ in unser Land einlud, ohne das Volk vorher gefragt zu haben.

Gleichzeitig wird jedoch weiterhin an anderen Stellen im Haushalt gespart. Für kommunale Straßen stellt der Freistaat lediglich 214,2 Millionen Euro und für Staatsstraßen 172,5 Millionen Euro bereit, obwohl der Sanierungsbedarf – insbesondere nach den vielerorts längst sichtbar gewordenen Winterschäden – bedeutend höher ist und zahlreiche Planungen für Umgehungsstraßen weiterhin auf Eis liegen.

Der Schulhausbau schlägt im Haushalt mit lediglich 72,5 Millionen Euro zu Buche, obwohl viele Schüler weiterhin in unsanierten Gebäuden unterrichtet werden, die teilweise modernen Anforderungen an einen Schulbetrieb nicht mehr genügen.

Es ist bezeichnend für die politische Agenda in diesem Land, dass beim eigenen Volk gespart wird, für Fremde jedoch alle Leistungen möglich gemacht werden; ja, sogar die Solidität unserer Haushalte plötzlich nichts mehr wert ist. Auch wenn sich die sächsische Union immer gern als konservativer und heimatbewusster Lan-

desverband gibt, zeigt die Antwort auf meine Kleine Anfrage doch das genaue Gegenteil: Auch die Tillich-Union hat sich maßgeblich an „Merkels Asyl- und dem daraus folgenden Finanzchaos“ beteiligt.

Diese Prioritätensetzung bietet den sozialen Brennstoff für die nächsten Jahre. Die Haushaltssolidität und die soziale Gerechtigkeit wurden einer völlig falsch verstandenen Willkommenskultur geopfert. Die Verantwortung hierfür tragen Merkel und Tillich. Wer jedoch glaubt, dass aus dem Satz „Merkel muss weg“ geschlossen werden kann, dass Martin Schulz der bessere Kanzler wäre, dem sei in Erinnerung gerufen, dass die grenzenlose Offenheit der CDU den Sozialdemokraten oftmals nicht weit genug ging. Und auch in den sächsischen Haushaltsverhandlungen konnten zahlreiche Projekte für „Multikulti“ und Gender Mainstreaming nur durch die offensive Oppositionspolitik der AfD-Fraktion verhindert werden. Dies zeigt, wie wichtig es sein wird, im Herbst dieses Jahres eine möglichst starke Opposition im Bundestag zu bilden. Nur so können wir derartige Missstände auch bundesweit aufdecken und den Finger auf die Wunde legen.

Mit den Forderungen der AfD nach einer konsequenten Abschiebung abgelehnter Asylbewerber, einer schnelleren Bearbeitung der Asylanträge und einer effektiven Grenzsicherung, um illegale Einwanderung von vornherein weitgehend zu vermeiden, wären viele der jetzt notwendigen Kosten gar nicht erst entstanden. Mit der AfD gäbe es auch weiterhin eine solide Haushaltspolitik, die auf neue Schulden verzichtet, aus Verantwortung gegenüber den kommenden Generationen Schulden abbaut und die Prioritäten für die anstehenden Ausgaben bei ihren eigenen Landsleuten setzt. Deshalb kann es im Superwahljahr 2017 nur heißen:

Deutschland braucht eine Alternative!

MdL André Barth

Die komplette Polizei macht jetzt erst einmal eine Woche Urlaub



MdB Sebastian Wippel

Eigentlich müsste die gesamte sächsische Polizei jetzt einmal kollektiv für eine Woche auf eine schöne Sonneninsel fliegen, Urlaub machen und die Arbeit im Freistaat komplett ruhen lassen. Denn im Schnitt steht jedem Beamten noch eine Woche Urlaub aus den vergangenen Jahren zu.

Was wäre dann los in Sachsen?

Jeder könnte so schnell rasen, wie er will, Diebstähle würden nicht verfolgt werden und in den tschechischen Drogenküchen würde man zur Hochform auflaufen, um diese eine Woche optimal auszunutzen. Wird es dazu kommen? Natürlich nicht, weil die pflichtbewussten Polizisten ihre Arbeit machen und für unsere Sicherheit sorgen, auch wenn sie aufgrund von Überstunden und fehlendem Urlaub auf dem Zahnfleisch kriechen.

Insgesamt schleppen unsere Polizisten 75.691 Urlaubstage mit sich herum. Das ist eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um über 20.000. Ins Jahr 2016 wurden lediglich 54.523 Urlaubstage übernommen. Das geht aus mehreren von mir gestellten Landtagsanfragen hervor (insbesondere Drs. 6/7791 und 6/3767). Das Phänomen, dass Urlaubstage nicht genommen werden können, ist allerdings nicht neu. Das beweist

der Blick auf den Ansparrurlaub, mit dem Beamte ihren nicht genommenen Urlaub bis zu fünf Jahre ansammeln können. Dieser Urlaubstageberg ist von 9.774 auf 21.376 Tage enorm angewachsen.

Darüber hinaus sind 2016 auch die Überstunden gerade im Landeskriminalamt (LKA) auf ein unverträgliches Niveau gestiegen. Die Beamten im LKA haben aktuell im Schnitt 53 Stunden mehr gearbeitet als vorgesehen. Ihnen sollten wir also am besten gleich zwei Wochen Strandurlaub am Stück gönnen. Die organisierte Kriminalität und die Extremisten im Freistaat würde es freuen. Umso länger Ermittlungen übrigens dauern, desto später kommen die Täter auch vor Gericht und können verurteilt werden. Je länger Tat und Verurteilung jedoch auseinanderliegen, desto geringer ist die erzieherische Wirkung. Mit dem Personalmangel bei Polizei und Justiz züchten wir also direkt die Mehrfachtäter von morgen heran.

Diese gestiegene Kriminalität dann aber wieder den Beamten vorzuwerfen, wäre unfair. Die Politik trägt die Schuld. CDU und SPD haben jahrelang die Polizei kaputtgespart – und das, obwohl zugleich die Straftaten zunahm. Die Grenzöffnung zu Polen und Tschechien hat für Sachsen mas-

sive Probleme mit sich gebracht, die von der Regierung ignoriert und aktiv weggerechnet wurden. Gleiches gilt für die unkontrollierte Asylzuwanderung (früher auch illegale Einwanderung genannt).

Daheim ausbaden müssen dies bis heute unsere überlasteten Polizisten. Auch im Jahr 2016 arbeiteten sie für viele Tage vor, weil die zu dünne Personaldecke Urlaub und Überstundenabbau offenbar nicht im erforderlichen Maße zulässt. Das eigentlich gute Instrument des Ansparrurlaubs wird von der Regierung somit missbraucht, um ihre desaströse Personalplanung bei der Polizei zu kaschieren. Die aktuellen Statistiken zum Urlaub und den Überstunden sind deshalb der beste Beleg dafür, dass Sachsens Polizei nicht nur 1.000, sondern mindestens 2.000 zusätzliche Neueinstellungen braucht, wie von der AfD gefordert.

Statt diese Forderung zu erfüllen, verschenkt Innenminister Markus Ulbig lieber vorgezogene Wahlgeschenke über die Wohnpolitik und Städtebauförderung. Natürlich ist es schön und wichtig, dass Familien in Zukunft zinsgünstige Kredite zum Erwerb eines Eigenheims bekommen. In Wirklichkeit ist das nur Sandstreuen in die Augen der Wähler, deren Zustimmung so erkaufte werden soll. Ehrlicher wäre es, zunächst die eigenen Versäumnisse aufzuarbeiten und danach an Geschenke zu denken. Ein Vorbild in Sachen Ehrlichkeit war diese Regierung jedoch leider noch nie. Sie redet die Probleme beständig schön und lehnt im Landtag alle konstruktiven Anträge der AfD zur Verbesserung der Situation der Polizei ab. Gute Sachpolitik sieht anders aus!

MdB Sebastian Wippel



Abschiebungen nach Afghanistan aussetzen – AfD lehnt Antrag ab



MdL André Wendt

Zum Antrag der Fraktion Die Linke, „Abschiebungen nach Afghanistan aussetzen – Sicherheitslage neu bewerten“ erklärt der AfD-Landtagsabgeordnete und Berufssoldat, André Wendt:

Afghanistan, das Land am Hindukusch. Seit Jahrtausenden eine Region und seit Jahrhunderten ein Land, welches ständig militärischen Konflikten ausgesetzt war. Natürlich ist es allzu menschlich, wenn sich die Einwohner Afghanistans seit jeher auf den Weg machen, weil sie sich dadurch ein sicheres und wirtschaftlich besseres Leben erhoffen.

Es dürfte auch jedem klar sein, dass es weltweit sehr viele Konfliktherde gibt und Deutschland nicht in der Lage und die Bevölkerung nicht willens ist, alle Menschen aufzunehmen. In Afghanistan gibt es laut UNHCR-Bericht Gebiete, in denen keine bewaffneten Konflikte stattfinden, z. B. die Provinzen Bamyan und Panjshir. Zudem sind in Afghanistan nicht nur ausländische Truppen – darunter auch Bundeswehrsoldaten –, stationiert. Mittlerweile sind dort über 350.000 afghanische Soldaten und Polizisten im Einsatz, um für Sicherheit zu sorgen. Dass dies nicht flächendeckend gelingt, lässt sich nicht bestreiten, aber es gibt eben Regionen, in denen man ruhig leben kann.

Ich spreche übrigens aus Erfahrung, da ich ein halbes Jahr als Soldat in Afghanistan eingesetzt war. Und das sind doch letztendlich Fakten, die zum jetzigen Zeitpunkt Abschiebungen durchaus rechtfertigen.

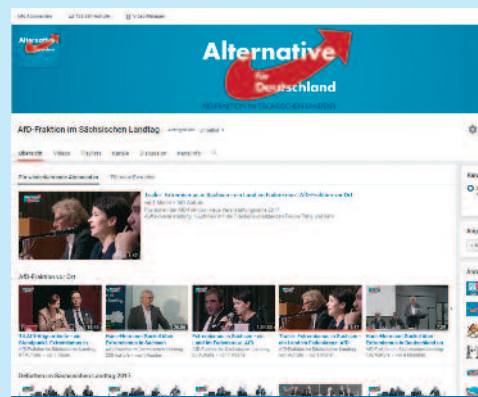
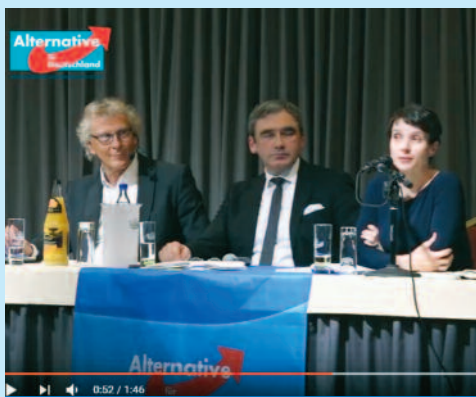
Und noch etwas möchte ich thematisieren: Ich zitiere aus der „taz“ vom 26. 01. 2016: „Mit über 56.000 Mordopfern starben 2014 allein in Brasilien mehr Zivilisten durch Gewalt als in den Krisengebieten Afghanistan, Irak, Syrien und der Ukraine zusammen“, wie Robert Muggah vom brasilianischen Instituto Igarapé sagt. Auch in den USA sterben täglich etwa 90 Menschen durch Gewalttaten, wie dem Handelsblatt vom 03. 12. 2015 zu entnehmen war. Diese Länder werden dennoch größtenteils als sicher eingestuft. Brasilien und die USA sind Einwanderungs- und Urlaubsländer. Selbst syrische Flüchtlinge werden von diesen

Ländern aufgenommen. Würde deshalb jemals einer auf den Gedanken kommen, einen Abschiebestopp für brasilianische oder amerikanische Flüchtlinge zu fordern? Zudem verstehen die Bürger nicht, warum deutsche Soldaten in Afghanistan mit ihrem Leben unsere Freiheit verteidigen sollen, im Gegenzug aber Afghanen in Deutschland bleiben dürfen. Warum ist es verwerflich, wenn afghanische Männer zurück in ihr Heimatland geschickt werden? Diese Männer sollten sich für ihr Land und damit für Demokratie und Sicherheit in Afghanistan starkmachen. Es ist keinem geholfen, wenn Millionen Afghanen ihr Land verlassen oder es in die Hände der Taliban fällt.

Ich denke, dass die LINKE am liebsten niemanden abschieben und allen Menschen weltweit einen dauerhaften Aufenthalt in Deutschland ermöglichen würde. Dass solch ein Vorgehen in der Realität verheerende Auswirkungen auf unser Land hätte, wird dabei völlig außer Acht gelassen.

Unabhängig vom Antrag der LINKEN sei noch zu sagen, dass die Bundesregierung, aber auch die einzelnen Landesregierungen, versagt haben. Sie haben versagt, weil von hunderttausenden abgelehnten Asylbewerbern bis dato nur ein Bruchteil abgeschoben wurde und damit weiter geltendes Recht gebrochen wird. Es kann doch nur als Scherz bezeichnet werden, wenn man „Sammelabschiebungen“ von 18 Asylbewerbern feiert, obwohl es hundertausende sein müssten. Vielleicht doch nur ein wahltaktisches Manöver? *MdL André Wendt*

Fraktion frontal – Abgeordnete vor Ort



Zwangsggebühren für Staatsfunk abschaffen

Im November 2016 hat die AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag die mit 630 Einzelfragen umfangreichste Große Anfrage der deutschen Parlamentsgeschichte vorgelegt. Damit wollten wir keinen Rekord aufstellen. Zielstellung war, unsere langfristig laufende parlamentarische Initiative zur Kündigung der bestehenden Rundfunkstaatsverträge und die Entwicklung eines alternativen Rundfunkmodells mit weiteren Argumenten zu unterlegen. Außerdem wollten wir gewonnene Erkenntnisse über die Arbeitsweise der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sozusagen von „höchster Stelle“ bestätigt wissen.

Bevor die Große Anfrage eingereicht werden konnte, haben die Abgeordneten der sächsischen AfD-Fraktion zusammen mit ihren parlamentarischen Mitarbeitern diverse Fragen zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk zusammengetragen. Also das, was die AfD schon immer mal über ARD und ZDF, aber auch über MDR und Deutschlandradio, wissen wollte. Einerseits sollte die Staatsregierung eine verfassungsrechtliche Einschätzung der Zukunftsfähigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks vornehmen. Andererseits haben wir den MDR sowie die anderen Rundfunkhäuser nach ihren internen Entscheidungsstrukturen, nach der Programmgestaltung, den Personal- und Pensionskosten, nach der Entwicklung von Einnahmen und dem Umgang mit Werbung befragt. Uns kam es dabei vor allem auf eine kritische Selbsteinschätzung der Anstalten und auf eine realistische Feststellung ihrer Akzeptanz in der Bevölkerung an.

Ende Januar 2017, also pünktlich nach zehn Wochen, haben wir die Antwort auf unsere Große Anfrage erhalten. Die sichtlich um Aufklärung bemühte Staatsregierung hatte vorher sowohl den MDR als auch die anderen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sowie die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs (KEF) der Rundfunkanstalten um Mitarbeit gebeten. Aber nicht alle Fragen wurden beantwortet. Viele wurden zum Beispiel mit einem Hinweis auf die durch das Grundgesetz garantierte Programmautonomie zurückgewiesen. Kosten und Gehälter wurden – wenn überhaupt – nur sehr widerstrebend offengelegt.

Zumindest wissen wir jetzt, dass 2,3 Millionen Sachsen 5,1 Prozent des Beitragsaufkommens finanzieren und dafür jährlich

414,4 Millionen Euro aufbringen müssen. 2016 wurden mehr als 35.700 Sachsen zwangsangemeldet. Das Jahresgehalt der Intendantin des MDR, Frau Prof. Karola Wille, beträgt 275.000 Euro. Zum Vergleich: Die Bundeskanzlerin erhält eine jährliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 225.840 Euro. Die jährlichen Kosten für die Altersvorsorge (quasi Betriebsrenten) der Mitarbeiter des MDR haben sich von 2014 zu 2015 von ursprünglich 23,8 Millionen Euro auf über 50,5 Millionen Euro mehr als verdoppelt.

Einige der Antworten haben selbst uns als eingefleischte Kritiker des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems überrascht. Wir wollten wissen, wie viele Mitarbeiter ARD und ZDF jeweils zu den Olympischen Sommerspielen 2016 nach Rio de Janeiro sowie zur Fußball-Europameisterschaft 2016 nach Frankreich entsendet hatten. Nach Südamerika durften 480 Mitarbeiter fliegen. Die deutsche Olympiamannschaft trat derweil in Rio mit insgesamt 452 Sportlern an. Zur UEFA EURO 2016 haben ARD und ZDF ebenfalls etwa 500 Mitarbeiter entsandt. Jetzt könnte man wohlwollend zugutehalten, dass Frankreich ja unser Nachbarland ist und die Spiele bequem mit dem Auto angefahren werden konnten. So kostensparend hat sich jedenfalls der Privatsender Sat1 bewegt, der zur Europameisterschaft mit sechs Mitarbeitern vor Ort war. Aber schon fällt uns wieder ein, dass ARD und ZDF der deutschen Nationalmannschaft ein Begleitteam in gecharterten Privatflugzeugen hinterherreisen ließ.

Leicht verwundert hat uns auch die Antwort auf unsere Frage, auf welche Weise der MDR mit seiner Programmgestaltung die Zusammengehörigkeit im vereinten Deutschland fördere. Dies geschehe durch Sendungen wie „Fakt“ und „TIT“ sowie durch die Serie „In aller Freundschaft“. Hierüber mag sich jeder sein eigenes Urteil bilden.

Nicht überrascht hat uns hingegen der Versuch einiger Journalisten der öffentlichen-rechtlichen Sendeanstalten, unsere parlamentarische Arbeit in Misskredit zu bringen – und sei es auch nur mit selbstausgedachten Vorwürfen.

Zunächst wurde auf zweitrangigen Nachrichtenkanälen der völlig naive Vorwurf lanciert, wir würden mit unserer Anfrage die Arbeit der Staatsregierung lahmlegen (wollen).



MDL Dr. Kirsten Muster (Mitte)

Dass das parlamentarische Fragerecht der Kontrolle der Exekutive durch den gewählten Gesetzgeber dient und damit eines der wesentlichen Merkmale der repräsentativen Demokratie ist, hat unsere Kritiker dabei zu keiner Zeit gestört. Das ist ein Zeichen für ein „ausgeprägtes Demokratiebewusstsein“. Aufgrund eines – bewusst oder unbewusst entstandenen – Rechtschreibfehlers eines NDR-Autors in einem Blogartikel erntete unsere Große Anfrage besonders viel Spott in den sozialen Medien. Statt der Einschaltquoten von Tageszeitungen wollten wir in Wahrheit selbstverständlich die Einschaltquoten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Sachsen aufgeschlüsselt nach Tageszeiten erfahren. Offenbar wird der AfD von großen Teilen der schreibenden Zunft inzwischen jeder Blödsinn zugetraut. Jedenfalls haben zahlreiche Journalisten die fehlerhafte Meldung des Kollegen ungeprüft übernommen und weiterverbreitet.

Von solchen Unsachlichkeiten lassen wir uns aber nicht beirren. Unser Ziel bleibt es nach wie vor, die Rundfunkstaatsverträge zu kündigen und für eine zeitgemäße, kostengünstige und politisch unabhängige Rundfunkversorgung auf freiwilliger Basis einzutreten. Ein weiteres Ziel bleibt auch nach wie vor die Befreiung von den Rundfunkbeiträgen für Bürger, die kein Empfangsgerät besitzen.

Drs. 6/8164

MDL Dr. Kirsten Muster

Nico Köhler

Direktkandidat der AfD für den Wahlkreis Chemnitz

Am 11. März 2017 wurde ich als Direktkandidat für den Bundestagswahlkreis Chemnitz (Wahlkreis 162) von den Mitgliedern des Chemnitzer AfD-Kreisverbandes gewählt und möchte mich Ihnen vorstellen:

Mein Name ist Nico Köhler, ich bin 40 Jahre jung und lebe seit meiner Geburt in Chemnitz. Ich bin verheiratet und wohne mit meiner Frau und unseren 3 Kindern im Chemnitzer Stadtteil Reichenbrand.

Ich bin ausgebildeter Kaufmann im Groß- und Außenhandel und Inhaber einer Marketingagentur.

Die AfD unterstütze ich als Mitglied des Vorstandes im Bereich Öffentlichkeitsarbeit und als IT- & Social-Media-Verantwortlicher. Des Weiteren trage ich die Blaue Post und AfD-Flyer aus, arbeite im Bürgerbüro und unterstütze bei der Vorbereitung und Ausrichtung von Veranstaltungen.

Als Patriot bin ich seit Beginn in Einsiedel aktiv und halte regelmäßigen Kontakt zu Bürgerbewegungen. Ich bin ein Konservativer und das ist auch gut so, denn es muss einen politischen Wechsel geben, bevor unser Deutschland und unsere Werte weiter den Bach hinuntergehen.

Als wichtiges gesamtdeutsches Thema liegt mir vor allem die Kinder- und Familienpolitik am Herzen. Wir müssen unsere einheimischen Familien wieder unterstützen und fördern, denn nur so können wir unsere Kultur, Sprache und Identität mittel- und

langfristig sichern. Des Weiteren schaffen wir damit wieder eine starke Solidargemeinschaft und sichern auch für kommende Generationen eine Absicherung im Rentenalter. Kinder-, Familien- und Altersarmut müssen in unserem Land endlich der Vergangenheit angehören. Wir brauchen wieder eine Willkommenskultur für Kinder und die damit verbundene Unterstützung hiesiger Familien – wir brauchen keine Zuwanderung. Unsere Kinder müssen vor der Frühsexualisierung geschützt werden und ich bin für eine Abschaffung des Gender-Mainstream-Wahnsinns.

Ein weiteres wichtiges Thema ist für mich die Sicherung unserer Grenzen und der Stopp der – als Flüchtlingspolitik getarnten – Zuwanderungs- bzw. Einwanderungspolitik. Hierzu gehören eine Verstärkung der Bundespolizei und die Wiedereinführung der Grenzsicherheit bis hin zur sofortigen Abschiebung von abgelehnten und straffälligen Asylbewerbern. Wir haben in den letzten Tagen wieder leidlich erfahren müssen, dass Einheimische sexuell belästigt, körperlich misshandelt und beraubt wurden. Diese ausländischen Täter gehören sofort abgeschoben, denn sie haben damit ihr Gastrecht bei uns verwirkt. Bei all diesen Themen ist es sehr wichtig, dass ich die Meinung der Mitglieder des Kreisverbandes in Berlin mit einbeziehe. Selbstverständlich werde ich in regelmäßigen Abständen von der Arbeit im Bundestag berichten.



Nico Köhler

Zu meinen ehrenamtlichen Tätigkeiten gehören die aktive Mitgliedschaft im Baulichen e.V. Grüna und die Betreuung der Facebookseiten der Chemnitzer Ortsteile Grüna und Mittelbach. Auf Grund der Betreuung dieser Facebookseiten pflege ich einen regelmäßigen Kontakt zu Vereinen in Rabenstein, Siegmars, Reichenbrand, Stelzendorf, Mittelbach und Grüna. Als sachkundiger Einwohner bin ich Mitglied im Betriebsausschuss der Stadt Chemnitz und unterstütze des Weiteren die Arbeit der AfD-Stadtratsfraktion im Chemnitzer Rathaus. Ich stehe jederzeit als Ansprechpartner für die Menschen vor Ort zur Verfügung und setze mich für die Lösung ihrer Probleme ein. Durch diesen direkten Kontakt mit den vielen Menschen vor Ort erfahre ich in den Gesprächen, was den Menschen auf dem Herzen liegt und unter den Nägeln brennt. Und es ist an der Zeit, dass endlich wieder die Meinung der Bürger in die Politik eingebracht wird.

Das ist Demokratie, das sind unsere Grundwerte, dafür steht unsere Alternative für Deutschland und dafür stehe ich.

Wir als Alternative für Deutschland haben am 24. 9. 2017 die Möglichkeit, in den Deutschen Bundestag einzuziehen und endlich wieder Politik für den Bürger zu machen. Dazu gehört natürlich, dass wir als geschlossenes Team diesen Wahlkampf gestalten, denn nur so können wir das Vertrauen der Bürger und Wähler gewinnen.



Nico Köhler bei der Aufstellungsversammlung

Ulrich Lupart

Direktkandidat der AfD für den Wahlkreis Vogtlandkreis



Ulrich Lupart

Viel kommunalpolitische Erfahrung im Gepäck

Mit 65 Jahren sind andere längst im Ruhestand. Ulrich Lupart aber will es noch einmal wissen und vom Bürgermeisterbüro im vogtländischen Reuth in eines der Berliner Abgeordneten Häuser des Deutschen Bundestages einziehen. Die erste Hürde dafür hat er bereits genommen. Beim Kreisparteitag im November setzte sich der gebürtige Sachsen-Anhalter mit einer Zweidrittelmehrheit gegen zwei weitere Bewerber durch.

Bei der Bundestagswahl im Herbst wird das schwieriger. Die aus seiner Sicht stärkste Konkurrentin im Wettstreit um das vogtländische Direktmandat ist Yvonne Magwas von der CDU – obendrein gut 30 Jahre jünger und seit 2013 Mitglied im höchsten deutschen Parlament. Aber nur ansatzweise mit kommunalpolitischer Erfahrung ausgestattet, wie Lupart einschätzt und dies auch auf deren bisheriges Engagement münzt. Aktuelles Beispiel: Es genüge eben nicht, wenn Magwas den Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Jens Spahn, zum launigen Aschermittwochabend nach Reichenbach einlädt und dann wortlos auf der Bühne daneben steht, aber tags darauf mit einem Bild in der Zeitung auftaucht. „Man muss auch selber immer wieder das Wort ergreifen, auf die Menschen zugehen, mit ihnen reden. Gerade im Wahlkampf z. B. Betriebe besuchen, denen es

nicht so gut geht“, sagt Lupart. Er hingegen biete mehr: Gut 20 Jahre Mitglied im vogtländischen Kreistag, 14 Jahre ehrenamtlicher Bürgermeister einer Gemeinde, bis diese Ende 2016 vom größeren Nachbarn geschluckt wurde, und Vize-Verwaltungschef der Stadt Oelsnitz. Lupart: „Ich kenne jeden der rund 40 vogtländischen Bürgermeister persönlich, kann mit jedem reden.“ Und da spiele auch die Parteizugehörigkeit keine große Rolle. Ein SPD-Ortschef habe schließlich die gleichen Probleme wie einer von CDU und FDP, ist er überzeugt.

Lupart gönnt Mitbewerberin Magwas übrigens den Wiedereinzug ins Parlament. Über die Landesliste sei der ihr ohnehin so gut wie sicher. „Besser wäre es aber, wenn das Vogtland zwei Vertreter im nächsten Bundestag hätte“, sagt Lupart und hofft, ausreichend Erststimmen für sich zu bekommen. An Bekanntheit mangelt es ihm dafür nicht. „Lupartreuth“ wurde sein Wirkungsort als Bürgermeister zuweilen genannt. Etwa, weil er einst den Tag der Vogtländer, das größte Vereinsfest des Landkreises, in das 1.000-Einwohner-Dorf holte und an einem Wochenende rund 20.000 Besucher begrüßen konnte. Oder, weil er mit einer ungewöhnlichen Idee gegen Raser vorging. Nämlich kurzerhand einen Blechpolizisten kaufte und am Straßenrand postierte. Dass ihm der Schutzmann bald darauf geklaut wurde, hat Lupart, wie er auch gerne genannt wird, bis heute nicht verwunden. Auch als er mit weiteren Vogtländern gegen den Termindruck beim Bau vollbiologischer Kleinkläranlagen kämpfte, zollte man ihm Respekt. Dazu lauerte er dem damaligen sächsischen Landwirtschaftsminister Frank Kupfer (CDU) am Rande einer Veranstaltung in Plauen regelrecht auf, um ihn auf das Problem anzusprechen. Selbst als Kupfer und die Staatsregierung nicht wie erwartet einlenkten, hatten sich danach zumindest die Rahmenbedingungen bei der finanziellen Förderung verbessert.

„Er ist eben einer, der nicht nur schwätzt, sondern auch mal los geht wie ein Terrier“, weiß Monika Müller (64), Inhaberin einer Schuhmacherei in Oelsnitz. Sie kennt ihn seit den Wendetagen in der DDR. Lupart hatte im Herbst 1989 mit anderen Protestierern die Oelsnitzer SED-Kreisleitung besetzt. Auf dem Dach wurde die Deutschlandfahne gehisst. „Deutschland, das ist mein Vaterland, dem will ich dienen“, sagt er, trägt einen Pin

in Schwarz-Rot-Gold am Revers und zuweilen auch eine Krawatte in diesen Farben. Das übrigens schon, als er noch in der DSU war. Jener kleinen wertkonservativen Partei, der er über ein Vierteljahrhundert lang angehörte, die aber kaum über Sachsen hinaus bekannt ist und deren Chancen, bundespolitisch mitzuspielen, praktisch gleich Null sind.

Konservative Werte sind Ulrich Lupart aber wichtig in einer Zeit, in der selbst die CDU so weit nach links gerückt sei, dass es mit der AfD nach einem Korrektiv im Politikbetrieb geradezu schreie. Deshalb ist Lupart im Herbst der Alternative für Deutschland beigetreten, war danach sogar der bislang einzige AfD-Bürgermeister im Land.

Dass Lupart nun der richtige Mann für den Bundestag ist, steht für Göran Schrickler fest. Der 45jährige, der im Plauener Ortsteil Oberlosa einen Pferdehof betreibt, wünscht sich unter anderem weniger Bürokratie gerade für kleine und mittlere Unternehmen, ein gerechtes Steuersystem, das für Großkonzerne und Reiche die Schlupflöcher schließt, und dass endlich Schluss ist mit dem ungehinderten Zuzug von Migrantinnen, insbesondere Wirtschaftsflüchtlingen. Schrickler, Vater zweier heranwachsender Töchter, sorgt sich dabei vor allem um die Sicherheit im Land, fürchtet zunehmende Kriminalität. „Ich möchte, dass meine Kinder so unbeschwert aufwachsen können, wie wir das einst konnten.“

Schafft es Lupart am 24. September in den Bundestag, wartet dort nicht zuletzt Ausschussarbeit auf ihn: „Wenn ich es mir aussuchen kann, dann im Innenausschuss.“ Dort lasse sich seine kommunalpolitische Erfahrung schließlich am besten einbringen, ist er überzeugt.



Monika Müller und Ulrich Lupart im Gespräch

WK Nordsachsen
Detlev Spangenberg



WK Meißen
Carsten P. Hütter



WK Leipzig 2
Christoph Neumann



WK Leipzig 1
Siegbert F. Droese



WK Landkreis Leipzig-Land
Lars Herrmann



WK Zwickau
Benjamin J. Przybylla



WK Vogtland
Ulrich Lupart



WK Erzgebirge 2
Ulrich Oehme



WK Erzgebirge
Karsten U. Teubner



WK Chemnitz
Nico Köhler



The image features a map of Saxony, Germany, divided into several constituencies. Red arrows point from candidate portraits to their respective constituencies on the map. The constituencies and their candidates are:

- WK Dresden 2/Bautzen 2**: Stefan Vogel
- WK Bautzen 1**: Karsten Hülse
- WK Görlitz**: Tino Chrupalla
- WK Sächsische Schweiz/Osterzgebirge**: Dr. Frauke Petry
- WK Dresden 1**: Jens Maier
- WK Mittelsachsen**: Prof. Heiko Hessenkemper

The map also labels the following regions: Meißen, Bautzen, Görlitz, Dresden, and Sächsische Schweiz-Osterzgebirge.



Überblick der Direktkandidaten

Jens Maier

Direktkandidat der AfD für den Wahlkreis Dresden 1



Jens Maier

Haltung zeigen!

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde, liebe Mitstreiter,

ich wurde am 19. 11. 2016 für den Wahlkreis Dresden 1 zum Direktkandidaten der AfD für die Bundestagswahl 2017 gewählt und erreichte später bei der Landeswahlveranstaltung den Listenplatz 2 in Sachsen. Ich bin 55 Jahre alt, verheiratet, habe zwei Kinder und bin seit fast 20 Jahren als Zivilrichter tätig. Davor arbeitete ich als Dozent an einer Fachhochschule und als Staatsanwalt. Ich bin seit April 2013 in der AfD und dort als Richter am Landesschiedsgericht und als stellvertretender Leiter der Ortsgruppe Nordost des KV Dresden tätig. Darüber hinaus bin ich stellvertretender Ortsbeirat in Dresden-Blasewitz.

Wofür stehe ich, wo bin ich politisch einzuordnen? Um das näher darstellen zu können, zunächst mal eine Frage an Sie: Was halten Sie in der momentanen Situation für das Grundübel unserer Zeit, von dem sich alle anderen Probleme ableiten lassen? Haben Sie darauf eine Antwort? Gibt es das überhaupt? Ich denke schon.

Ich meine, dass dieses Grundübel darin besteht, dass es keinen offenen Meinungsdiskurs mehr gibt. Wir befinden uns in einem von der derzeit amtierenden politischen Funktionselite und den von ihr gesteuerten Medien geschaffenen Meinungskorridor,

der das offene Wort und eine darauf gründende Meinungsbildung verhindert oder jedenfalls erheblich erschwert.

Nur dadurch ist es beispielsweise möglich, dass wie selbstverständlich hingenommen und nicht hinterfragt wird, warum Asylbewerber überhaupt integriert werden müssen. Das Asylrecht schafft seinem Wesen nach lediglich ein temporäres Aufenthaltsrecht. Wenn die Bedingungen im Heimatland wieder besser sind, dann hat nach der geltenden Rechtslage der anerkannte Asylanter dorthin zurückzukehren. Das ist in der Vergangenheit bei den Flüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien auch schon so praktiziert worden. Asylbewerbern oder auch nur subsidiär Schutzberechtigten werden aber praktisch ein Status wie einem Einwanderer zuerkannt und dies wird der Bevölkerung als völlig normal und richtig verkauft. Wer das anders darstellt, ist ein „böser Rechter“.

Wussten Sie, dass mittlerweile etwa 50 % aller Gesetze auch mit innenpolitischen Bezug auf Verordnungen und Richtlinien der EU zurückgehen? Der deutsche Gesetzgeber als Vollzugsorgan der EU. Die EU, ein bürokratisches Monstrum, mit zweifelhafter demokratischer Legitimation, ein Elitenprojekt von Anfang an, bestimmt praktisch unser aller Leben, ohne dass man hiergegen irgendetwas machen kann. Hinzu kommt, dass der EuGH kein wirklich unabhängiges Gericht ist, wie beispielsweise der Bundesgerichtshof.

Wir halten fest: Es gibt keine wirkliche Meinungsfreiheit mehr, weshalb es möglich ist, den Rechtsstaat mehr und mehr auszuhöhlen und schlussendlich auch durch die Übertragung von Souveränitätsrechten auf supranationale Organisationen, die Demokratie selbst abzuschaffen.

Nur so ist es möglich, eine Willkommenskultur von oben zu verordnen.

Niemand wurde gefragt, ob er das wirklich will, dass in der Mehrzahl ungebildete Menschen aus fremden Kulturen, ohne Chance, in dieser Gesellschaft wirklich erfolgreich zu sein, in Millionenstärke in dieses Land „eingeladen werden“ und vom Steuerzahler ernährt werden. Niemand wurde gefragt, ob er den Euro haben will. Niemand wurde gefragt, ob er Hoheitsrechte nach Brüssel abgeben will. Niemand wurde gefragt, ob er CETA oder TTIP haben will.

Da, wo man die Menschen gefragt hat, haben sie „Nein“ gesagt. Zuletzt in Großbritannien bei der Abstimmung über den Brexit.

Mir geht es darum, diese Entwicklung aufzuhalten und umzukehren. Manche werden fragen, ob das noch möglich sei. Da kann ich nur antworten: Was soll man denn sonst machen? Sich in seine Nische zurückziehen und gar nichts machen? Welche Zukunft wollen wir unseren Kindern hinterlassen?

Diese Entwicklung kann nur aufgehalten werden, wenn den Bürgern mehr Mitsprache eingeräumt wird, wenn Formen der direkten Demokratie etabliert werden. Denn die Bürger in unserem Land wurden nicht gefragt: weil man sie gar nicht fragen musste, weil es gar keine Möglichkeit für den Bürger gab, sich da einzubringen. Das will ich ändern. Ich will, dass zugehört werden muss, dass „Ihnen“ zugehört werden muss.

Wenn man Ihnen oder der Mehrheit von Ihnen zuhören würde, dann wäre Schluss mit millionenfacher Einwanderung, dann wäre Schluss mit der Bankenrettung, die als Eurorettung verkauft wird, dann wäre Schluss mit der EZB-Zinspolitik, die es den Superreichen ermöglicht, noch reicher zu werden und den Großteil der Bevölkerung verarmen lässt, dann wäre Schluss mit dieser Form der Energiewende, die Deutschlands Wirtschaft schädigt und Sie teuer zu stehen kommt, dann wäre Schluss mit gebührenfinanzierten Medien, die sich als Hofberichterstatter auf Ihre Kosten betätigen und es wäre Schluss mit Diffamierung und Diskreditierung, wenn man offen seine Meinung sagt.

Dafür stehe ich. Ihr Jens Maier

Telefon: + 49 151 566 916 13

E-Mail: jens.maier@afd-dd.de

www.alternative-im-bundestag.de

Facebook: <http://facebook.com/alternativimbundestag>

Spendenkonto:

Wahlkampfkonto Maier

Ostächsische Sparkasse Dresden

IBAN: DE 86 8505 0300 0225 7855 79

BIC: OSDDDE81XXX

Verw.-Zweck: „Spende“ + Ihren Namen und Adresse (für Spendenquittung)

Dr. Frauke Petry

Direktkandidat der AfD für den Wahlkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge



MdL Dr. Frauke Petry

Parteivorsitzende der AfD, Landes- und Fraktionsvorsitzende in Sachsen, Direktkandidatin im Landkreis Sächsische Schweiz/Osterzgebirge

Ich wurde am 1. Juni 1975 in Dresden geboren und bin in der Lausitz bis 1989 aufgewachsen. Anschließend lebte ich in Bergkamen bei Dortmund, wo ich auch mein Abitur ablegte. Das Studium und meine Promotion in Chemie führten mich nach Göttingen und England, bevor ich 2007 mein eigenes Unternehmen in Leipzig gründete. Ich bin Mutter von vier Kindern: Wie Sie vielleicht den Medien bereits entnommen haben, ist das fünfte unterwegs. 2013 war ich Mitgründerin der Alternative für Deutschland, in deren Bundesvorstand ich von Anfang an als Bundessprecherin mitarbeitete. Im April 2013 gründete ich gemeinsam mit meinen Mitstreitern den sächsischen Landesverband, dem ich seitdem auch vorstehe. Am 31. August 2014 gelang uns in Sachsen der erste Einzug in einen Landtag, seitdem bin ich auch Vorsitzende der Landtagsfraktion. Im November 2016 hat mich die Partei zu ihrer Direktkandidatin im Wahlkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, später auch zur Spitzenkandidatin auf Listenplatz 1 der sächsischen Landesliste gewählt. Sie mögen sich nun fragen, warum ich als Leipzigerin gerade in der Sächsischen Schweiz für die AfD für den Bundestag kan-

didriere. Mit dem Kreisverband Sächsische Schweiz-Osterzgebirge verbindet mich seit Anbeginn ein besonders intensives Verhältnis. Auch wenn wir nicht immer einer Meinung waren und wir uns oft konstruktiv stritten, schätze ich die Bodenständigkeit, den Idealismus und die große Aktivität der Menschen vor Ort. So war es für mich letztendlich nahezu eine Selbstverständlichkeit, für diesen Wahlkreis zu kandidieren, als mich der Kreisverband darum bat, auch wenn andere Kreisverbände mir ähnliche Avancen gemacht haben.

Gemeinsam mit Ihnen möchte ich den Amtsinhaber Klaus Brähmig von der CDU herausfordern. Herr Brähmig gehört dem Bundestag seit mittlerweile 27 Jahren an. Er hat mit Sicherheit viel für die Region getan und trotzdem bin ich der Auffassung, dass auch die Region um Pirna, Dippoldiswalde, Sebnitz, Freital und Altenberg frischen Wind im Bundestag benötigt. Die CDU ist maßgeblich für die Krisen und Probleme im Land verantwortlich. Ob die fehlgeleitete Eurorettung, das Asylchaos, die Entdemokratisierung unseres Landes im Zuge der Souveränitätsabgaben in Richtung Brüssel, die überstürzte Energiewende oder die Abschaffung der Wehrpflicht – all diese Fehlentwicklungen wurden unter Merkels Kanzlerschaft in den letzten zwölf Jahren maßgeblich vorangetrieben und stellen unser Land vor gigantische Herausforderungen. Wer aber will schon die Lösung der Probleme denen zutrauen, die diese Probleme erst geschaffen haben?

Unsere Gesellschaft verändert sich – vor allem in den letzten Monaten in rasender Geschwindigkeit, ohne dass das Volk hierzu befragt worden wäre, geschweige denn zugestimmt hätte. Die politische Elite regiert am Volk vorbei. Und wer meint, dass die Konsequenz aus „Merkel muss weg“ sein könnte, „Schulz muss ins Kanzleramt“, der macht den Bock zum Gärtner. Schulz hat in den letzten Jahren auf europäischer Ebene alle Fehlentwicklungen aktiv mitbetrieben. Von ihm haben wir nichts Besseres zu erwarten.

Die Alternative für Deutschland hingegen hat einen völlig anderen Politikansatz, als die aktuell im Bundestag vertretenen Parteien, die sich inhaltlich kaum noch unterscheiden. Mittelpunkt unserer Forderungen ist der selbstbestimmte Bürger, der weder staatliche Bevormundung noch Verbote benötigt. Wir möchten, dass der Bürger seine Stimme nicht nur alle 4 Jahre zum Wahltermin abgibt, wie einen Mantel an der Garderobe, sondern auch zwischen den Wahlen seine Stimme in Form von Volksentscheiden und Volksbegehren auf Bundesebene erheben kann, wie es der erste Punkt unseres Grundsatzprogrammes auch vorsieht.

Für dieses Vorhaben und für auch unsere weiteren Ideen, die sich in unseren Programmen widerspiegeln, möchte ich für Sie im Bundestag die Stimme erheben. Dafür brauche ich Ihre Unterstützung.

Ihre Frauke Petry



Frauke Petry zur Klartextrunde in ihrem Wahlkreis

Christoph Neumann

Direktkandidat der AfD für den Wahlkreis Leipzig 1

Ich bin Leipziger, 52 Jahre alt, von Beruf Dipl.-Ing.-Päd. für Maschinenbau und arbeite als Unternehmer.

Warum möchte ich im Bundestag für unser Deutschland arbeiten? Als unsere Heimat am 3. Oktober 1990 mit der alten BRD zusammengefügt wurde, dachte ich, dass wir Deutschen vereint einen Staat aufbauen, der die Lebensleistungen aller Deutschen einbezieht. Das war leider eine irriige Annahme.

Mein Leben im vereinten Deutschland begann als Polizeibeamter im Bundesgrenzschutz. Die anfängliche Euphorie verflog bald, als ich die teilweise gewünschten Unzulänglichkeiten dieses Staates, z. B. beim Grenzschutz, miterlebte. Obwohl oder gerade weil ich auch am Amtssitz des Bundespräsidenten in Berlin meinen Dienst versah, kamen mir immer mehr Zweifel an der Sinnhaftigkeit dieser Tätigkeit. Denn zwischen dem gesetzlichen Auftrag und der geforderten Umsetzung klafften Welten.

Nach einem Aufbaustudium zum geprüften PR-Berater habe ich mit meiner Frau und unseren Kindern vier Jahre in Moskau und acht Jahre (mit Unterbrechungen) in Kiew gelebt. Bei diesen Aufenthalten in Russland sowie der Ukraine und vielfältigen Reisen durch Mittel- und Osteuropa erkannte ich schnell, wie andere Menschen über uns Deutsche und die gegenwärtigen Probleme denken. So stellte ich fest, dass besonders unsere derzeitigen Eliten zur Selbstüberschätzung neigen und nicht willens sind, Lösungsvorschläge anderer Völker überhaupt näher zu betrachten. Durch meine Auslandsaufenthalte sah ich, wie sich unser Land massiv veränderte, denn ich hatte die Möglichkeit, meine Heimat über viele Jahre von außen und von innen zu betrachten.

Mein Engagement für die AfD

Am 06. 02. 2014 bin ich Mitglied geworden, damit die deutschen Kulturwerte kein Opfer der kapitalen

Globalisierung werden!

Von Beginn an habe ich an allen Kreis-, Landes-, und Bundesparteitagen teilgenommen und dort mein Wissen sowie meine Unterstützung eingebracht.

Ich leitete mehrfach Kreisparteitage sowie Konferenzen. Meine Arbeit konzentrierte sich im Frühjahr und Sommer 2014 als Kandidat auf die Wahlen zum Leipziger Stadtrat und zum 6. Sächsischen Landtag. Durch die AfD-Stadtratsfraktion von Leipzig wurde ich in den Kinder- und Familienbeirat des Stadtrates von Leipzig delegiert. In diesem Gremium bringe ich unsere Ideen und Ansichten von Familienpolitik ein.

Im November 2014 bekam ich die Aufgabe, die Landesfachausschüsse (LFA) von Sachsen mit aufzubauen. In der Zeitspanne von Februar bis April 2015 ist es mir gelungen, die Landesfachausschüsse zu strukturieren und Arbeitsfähigkeit herzustellen. Meine derzeitige ehrenamtliche Hauptaufgabe ist die Leitung der Landesprogrammkommission (LPK) von Sachsen. Hier organisiere und leite ich die halbjährlichen Arbeitstreffen der Leiter und Stellvertreter der elf LFA.

Darüber hinaus bin ich Mitglied im Bundesfachausschuss BFA 1 (Internationale Verantwortung Deutschlands). Viele Anregungen aus Sachsen sind in das Parteiprogramm eingeflossen, welches am Sonntag, 01.05.2016, in Stuttgart auf dem 5. Bundesparteitag beschlossen wurde. Derzeit erarbeite ich mit dem LFA 1 Konzepte für den Grenzschutz sowie für den Katastrophen- und Heimatschutz, die in unser Wahlprogramm einfließen. Außerdem bin ich Mitglied im Mittelstandsforum von Sachsen.

Meine politischen Ziele mit der AfD

Meine fundierte Ausbildung und meine mehrjährige Berufspraxis möchte ich nutzen, um das Themengebiet Sicherheit für Deutschland weiter zu entwickeln. Ich besitze Verwal-



Christoph Neumann

tungsrechtskenntnisse, die es mir auch ermöglichen, Gesetzestexte zu schreiben.

Ziel: Mitarbeit im Verteidigungsausschuss

Als Unternehmer, der ausländische Fach- und Führungskräfte der Wirtschaft in Mitteldeutschland temporär eingliedert, kenne ich die Probleme dieser hoch motivierten mehrsprachigen Leistungsträger, die in unsere Sozialsysteme einzahlen und die sich bewusst in Deutschland einleben wollen.

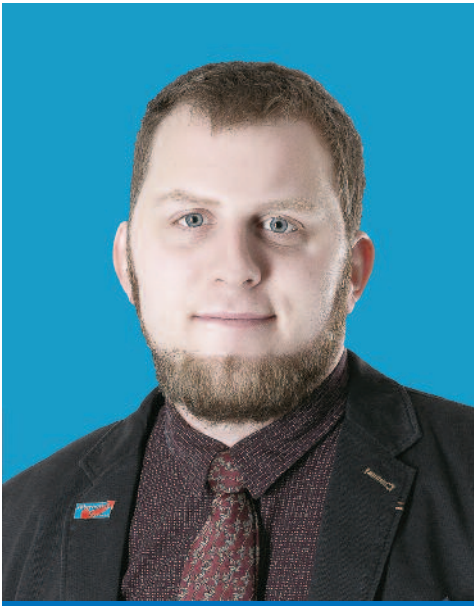
Demgegenüber stehen die Teilalphabeten ohne solide Ausbildung, die unsere Sozialsysteme als bequeme Bereicherungsquelle sehen. Hier besteht mein Streben, klare Festlegungen zu erarbeiten, wer für unser Land einen Gewinn darstellt oder wer besser in seiner eigentlichen Heimat seine Zukunft gestalten soll.

Ziel: Mitarbeit im Innenausschuss

Das in den letzten drei Jahren erarbeitete politische Wissen möchte ich kontinuierlich nutzen und mit Ihrem Vertrauen im Bundestag konsequent für unsere Sache arbeiten.

Benjamin J. Przybylla

Direktkandidat der AfD für den Wahlkreis Zwickau



Benjamin J. Przybylla

Ich bin seit 2002 verheiratet, ebenso lang selbstständig im Garten- und Landschaftsbau und wohne seit 2006 in Sachsen. Unser Betrieb hatte in der letzten Saison 8 Angestellte und einen Auszubildenden im dritten Lehrjahr beschäftigt.

Als Unternehmer kenne ich die Probleme, an denen dieses Land krankt, besser als diverse „Experten“ und „Politikwissenschaftler“, die tagein tagaus in den Medien wiederkauen, was ihnen von überbezahlten Ideologieproduzenten aufbereitet wurde. Eines von vielen Beispielen hierfür ist die sogenannte „Energiewende“. Seit ihrem Beginn macht die Ideologisierung dieses für uns lebenswichtigen Themas jede sachliche Diskussion darüber zunichte. Der Wunsch, man könne eine Industrienation mit dem betreiben, was man „erneuerbare Energien“ nennt, gilt bereits als derartig edle Gesinnung, dass jeder Zweifel am Gelingen oder an der Sinnhaftigkeit dieses Schildbürgerstreichs als Ketzerie gilt.

Das gleiche Verhalten beobachten wir täglich beim Thema Einwanderung, die spätestens seit dem Jahr 2015 zur Masseneinwanderung geworden ist. Hier werden unablässig nebensächliche Themen bearbeitet, um sich vor notwendigen Grundsatzentscheidungen drücken zu können. Die etablierten Parteien haben in

den letzten Jahrzehnten konsequent verinnerlicht, dass es dem Machterhalt wesentlich dienlicher ist, eben keine Entscheidungen zu treffen und Entwicklungen stattdessen lieber auszusitzen, um politisch möglichst unbeschadet aus ihnen hervorzugehen.

Je dringender aber ein Thema der (vor allem Ideologie-)freien Erörterung bedarf, desto dichter vermint ist das Gelände, das man als Kritiker derzeitiger Fehlentwicklungen betritt. Eine zutiefst undemokratische Praxis, die in ihren Grundzügen bereits alle Merkmale einer sich im Aufbau befindenden Diktatur in sich trägt und zu Ärger und Wut bei Bürgern führt. Aus diesem Grunde bedarf es einer starken inner- und außerparlamentarischen Opposition, die diesen Zuständen auf allen gesellschaftlichen und politischen Ebenen den Kampf ansagt. Es bedarf einer Alternative zum politisch-medialen Komplex, der dieses Land an den Rand des Abgrunds geführt hat.

Mein Wunsch, an dieser lebensnotwendigen, gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Wende mitzuwirken, hat mich zur Alternative für Deutschland geführt. In ihr sehe ich die letzte parteipolitische Möglichkeit, unser Land vor einer üblen Zukunft zu bewahren. Mein Hauptaugenmerk liegt hierbei auf dem Gebiet der (regionalen) Versorgungssicherheit. Die Hintanstellung nationaler Interessen zugunsten der EU hat maßgeblich dazu beigetragen, dass Abhängigkeitsverhältnisse in der Grundversorgung auch dort entstanden sind, wo sie unnötig waren und sind.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Verteidigung unserer Freiheitsrechte. Während man die Sicherheitslage unseres Landes Tag für Tag mehr und mehr durch das völlig verantwortungslose Zulassen unkontrollierter Einwanderung belastet, beschneidet man gleichzeitig unsere Rechte, indem man vorgibt, uns mit mehr Überwachung, dem Einsatz privater oder halbprivater Sicherheitsdienste und der angedachten Einschränkung von Rede-, Informations- und Versammlungsfreiheit vor genau den Gefahren schützen zu wollen, die man mit der eigenen Politik (an

der man zudem nichts zu ändern gedenkt) selbst geschaffen hat.

Unsere grundlegende Opposition ist auch deswegen lebenswichtig für unser Land, weil die sogenannten „etablierten Parteien“ einen Weg eingeschlagen haben, der uns mehr und mehr in die Isolation führt und (völlig berechtigten) Unmut bei unseren Nachbarländern auslöst. Als Victor Orban vom „moralischen Imperialismus“ sprach, hat er den Nagel damit auf den Kopf getroffen.

Nicht vergessen werden dürfen die gefährlichen und hässlichen gesellschaftlichen Experimente, durch die man unser Land und unsere Gesellschaft seit Jahren aushöhlt und die jetzt an einem Punkt angelangt sind, an dem ihr zerstörerisches Potenzial offen zutage tritt: Gender Mainstreaming, Frühsexualisierung, „liberale“ Drogenpolitik, Sprachverstümmelung etc.!

Wir müssen zurückfinden auf den Weg des gesunden Menschenverstandes, unsere Entscheidungen müssen wieder Resultate logischer Denkprozesse werden. Das Tun und Handeln der Politik darf nicht mehr bestimmt werden von ideologischen Utopien realitätsfremder Gesellschaftsingenieure. Vor uns liegt eine Aufgabe von historischer Wichtigkeit. Die Zukunft wird zeigen, wie wir dieser Aufgabe gerecht werden.



Der Zwickauer Kandidat bei der Arbeit

Detlev Spangenberg

Direktkandidat der AfD für den Wahlkreis Nordsachsen

Die AfD wurde und wird als Partei gesehen, die bundespolitische und europäische Probleme zu lösen hat, die uns die sogenannten etablierten Parteien in unverantwortlicher Art und Weise beschert haben. Das heißt nicht, dass die Arbeit in den Kommunen, den Kreis- und Landtagen geringer zu bewerten ist: Die gesamte verfehlte Politik der letzten Jahre und verheerende Ideologien haben auch auf die unteren Ebenen der Politik sowie Verwaltung und Justiz durchgeschlagen. Selbstverständlich muss eine Volkspartei wie die AfD auf allen Ebenen vertreten sein. Die AfD ist zurzeit die einzige echte Opposition in der politischen Landschaft!

Alle Alt-Parteien sind zu einem Chor einer deutschfeindlichen Politik verkommen, vereint im Hass gegen Andersdenkende, nicht nur gegen die AfD, auch gegen einige Bürgerbewegungen, Vereine und Publizisten.

Was sind nun die Aufgaben, die die AfD im Bundestag leisten muss und leisten kann? Die Generalaufgabe der AfD im Bundestag wird sein, als einzige Partei die Probleme, die von den anderen Parteien verursacht wurden, eindeutig, klar und unmissverständlich zur Sprache zu bringen. Das ist insbesondere deshalb so wichtig, weil die Wahrnehmung der Reden im Bundestag ungleich größer und weitreichender ist als auf anderen politischen Podien.

Verachtung und Hass, die uns entgegengebracht werden, und von wem diese ausgehen, ist ein Gradmesser dafür, wie wichtig und richtig unser Weg ist. Wir, die AfD, sind die einzige Kraft in der politischen Landschaft, die sich aus allen politischen Parteien, allen gesellschaftlichen Schichten, allen Bevölkerungskreisen speist. Es spielt keine Rolle, ob die uns Regierenden eine – Deutschlands Existenz gefährdende – Politik aus Dummheit, aus politischer Überzeugung oder ideologischer Verblendung betreiben, die Wirkung bleibt die gleiche: Der Verlust unserer Identität und unserer Heimat. Die Gefahr eines von Kriminalität und Terror zerrissenen Multikulti-Landes, mit islamischen Parallelgesellschaften, mit einer immerwährenden Unsicherheit für alle Bürger, ist keine bloße Phantasie, sondern die unausweichliche Zukunftsaussicht, wenn die AfD dies nicht verhindern kann.

Als Direktkandidat im Landkreis Nordsachsen werde ich meine Zielrichtung auf unseren Hauptgegner, die CDU, richten. Dabei ist der Kandidat der CDU in diesem Wahlkreis weniger von Bedeutung, als die CDU als Partei, die Deutschland in die größte Krise seit Jahrzehnten geführt hat. Das heißt, nicht der Gegenkandidat selbst ist der Angriffspunkt, sondern die Partei, die er vertritt und die Verantwortung für die Probleme, die seine Partei über Deutschland gebracht hat und die er mitträgt.



MdL Detlev Spangenberg

An folgenden Terminen will ich den Wählern mich und meine politische Arbeit näherbringen:

Unter dem Motto „Höchste Zeit für Veränderungen“: 01. 06. Delitzsch; 08. 06. Eilenburg; 15. 06. Oschatz; 22. 06. Torgau

Unter der Motto „Wir wollen unser Land zurück“: 31. 08. Delitzsch; 07. 09. Eilenburg; 14. 09. Oschatz; 21. 09. Torgau

Die Veranstaltungen bis zum Wahltag sind so aufgebaut, dass neben Infoständen, einem Info-Mobil in Städten und Dörfern, Podiumsdiskussionen, Stammtischen und Großdemonstrationen auch Werbeschüren aller Art und persönliche Gespräche mit einbezogen werden.

Unser Ziel muss es sein, die politische Auseinandersetzung offensiv, konkret und niveauvoll zu führen und die Bürger nicht nur als Wähler zu gewinnen, sondern auch zu informieren. Dazu gehört auch, wichtige und von den etablierten Medien verschwiegene oder verharmloste Themen in die Öffentlichkeit zu tragen.

Mein Bestreben ist es, Debatten im Bundestag zu führen, die die politischen Gegner, welche unser Land in den Abgrund treiben, eindeutig und unmissverständlich „führen“, mit dem Ziel, dass die Bevölkerung erkennt, welchen gefährlichen Weg die derzeit herrschende Klasse verfolgt.



MdL Detlev Spangenberg: Ich will mein Land zurück!

Karsten U. Teubner

Direktkandidat der AfD für den Wahlkreis Erzgebirgskreis



Karsten U. Teubner

Ich bin Jahrgang 1965, verheiratet, habe ein Kind, gelernter Dipl.-Wirtschaftsinformatiker und arbeite als Unternehmer (Teubner & Sternkopf KG). Aufgewachsen in Pöhla und Schwarzenberg im schönen Erzgebirge, wohne ich heute in Grünhain-Beierfeld. Ich bin Fraktionsvorsitzender der AfD-Kreistagsfraktion.

Seit April 2013 bin ich im Rahmen der AfD aktiv, weil ich mich in der Politik der etablierten Parteien einfach nicht mehr wiedergefunden habe und der Punkt erreicht war, selbst etwas bewegen zu wollen.

Der Schwerpunkt meiner politischen Tätigkeit liegt klar in der Heimatregion, dem Erzgebirge. Hier habe ich meine Wurzeln, hier verstehe ich, wie die Menschen ticken, hier schöpfe ich Kraft aus der Tradition meiner Vorfahren.

Daraus resultiert meine zentrale Grundhaltung: Ich möchte, dass dieses schöne Land, unser Heimat- und Vaterland, später unseren Kindern, unseren Nachkommen gehört. Die CDU hatte im Erzgebirge 27 Jahre Zeit, um ihre Vorstellungen von einer blühenden Wirtschaft zu verwirklichen. In diesen 27 Jahren ist es der Merkel-Partei gelungen, eine stark industrialisierte Region auf den letzten Platz bei den Durchschnittseinkommen in ganz Deutschland zu prügeln. Dieses monatliche Durchschnittseinkommen

liegt aktuell gerade einmal bei 2.036 EUR brutto (im Vergleich die Region Wolfsburg mit 4.610 EUR).

Ich bin gegen einen alternativlosen, neosozialistischen Umverteilungsstaat. Der Staat soll sich auf seine Kernaufgaben beschränken, und die soll er mit Konsequenz erfüllen. Wir brauchen nicht immer neue, kompliziertere Gesetze, sondern wir brauchen die klare und konsequente Anwendung eines für jeden Normalbürger begreifbaren Rechts.

Ja, unsere freie Marktwirtschaft soll eine soziale Komponente haben! Doch die ausufernde Einflussnahme von EU, Bund und Ländern auf unsere Wirtschaft in Form von Überregulierung, verzerrenden Förderprogrammen, Subventionen, Quoten und Vorschriften führt uns in einen neuen Sozialismus mit überbordender Bürokratie und schwindender Wettbewerbsfähigkeit. Ich stimme für eine stabile nationale Währung und eine faire Zusammenarbeit der europäischen Staaten untereinander. Ich stimme gegen ein eurokratisches Monster, das uns jeglicher Freiheit und Selbstbestimmung berauben möchte.

Gemeinschaft und die Solidarität innerhalb eines Gemeinwesens funktionieren nur durch Abgrenzung. Geben wir die Abgrenzung nach außen auf, dann zerbröseln der innere Zusammenhalt. Die Gemeinschaft muss also selbst entscheiden, wen sie ggf. aufnimmt oder nicht.

Nächstenliebe gilt in erste Linie für den Nächsten, d. h. für die Mitglieder der eigenen Gemeinschaft. Das kann die Familie sein, das kann der Freundeskreis sein, das kann die Arbeit, die Gemeinde, der Heimatort, das Erzgebirge, Sachsen oder Deutschland sein.

ABER: nicht jeder Mensch dieser Erde hat das gleiche Anrecht auf die Früchte unserer Arbeit, bzw. kann Teilhabe an unserem Sozialsystem einfordern. „Es ist das Wunder des Nationalstaats, dass er eine gemeinsame Identität schafft, die Solidarität erst ermöglicht.“

Wer aus Österreich, wer aus Polen, aus Tschechien, aus der Schweiz und den anderen Nachbarländern zu uns kommt, kann

kein „Flüchtling“ sein. Er ist schon in Sicherheit vor politischer Verfolgung, und die Fluchtursachen waren bereits in der Türkei nicht mehr gegeben. Wer von Griechenland weiter bis Deutschland oder Schweden zieht, der macht das nicht wegen der politischen Verfolgung in Griechenland. Der macht das als Eindringling in unser Sozialsystem und hofft auf seinen persönlichen Vorteil. Wehrhafte, überwiegend junge, fordernde muslimische Männer kann ich nicht als „Schutzsuchende“ akzeptieren.

Für mich beantwortet sich die Frage nach dem Sinn des Lebens durch die Nachkommen, durch die eigenen Kinder. Die Wertschätzung von Familien und Alleinerziehenden mit Kindern ist daher die wichtigste und vornehmste Aufgabe einer jeden Gesellschaft, wenn sie langfristig überleben will.

Ich stehe für mein Versprechen, dass ich jeden Monat die Diäten – bis auf einen Selbstbehalt in Höhe des Mindestlohnes – erzgebirgischen Familien oder Alleinerziehenden als Batzen spenden werde.

Wenn ich dem Volk und dem Land wirklich dienen möchte, muss ich zuerst mit Verzicht bei mir selbst beginnen. Es ist eine Ehre, in ein Parlament gewählt zu werden, und es darf kein gut bezahlter Job werden. An diesem klaren, erfüllbaren und abrechenbaren Versprechen dürfen Sie mich jeden Monat messen. Und: es macht mir übrigens großen Spaß, die etablierten Einheitsparteien mit unserer alternativen Sicht auf die Dinge zu konfrontieren.



gelebte Tradition: Teubners Schreibtsch

Ulrich Oehme

Direktkandidat der AfD für den Wahlkreis Chemnitzer Umland

Ich habe die typische Biographie eines Ostdeutschen: behütet aufgewachsen in Karl-Marx-Stadt, 3 Jahre Dienst in der NVA und Studium an der Bergakademie Freiberg. 1986 begann mein Berufsleben als junger Ingenieur. Ich wurde Abteilungsleiter im Rohrwerk Chemnitz und bemerkte sehr schnell, an welchem Abgrund sich unser Staat damals befand. Die Parallelen zur heutigen Zeit sind unübersehbar. Andersdenkende hießen früher „Konterrevolutionäre“, jetzt heißen sie „Pack“ oder „Nazi“. Um eine demokratische Veränderung herbeizuführen, trat ich im Oktober 1989 dem „Neuen Forum“ bei und unterstützte es aktiv. Die Zeit in dieser Bürgerbewegung war unglaublich spannend. Der runde Tisch als Möglichkeit der Mitsprache der Bevölkerung war ein Erfolg. In den 90er Jahren widmete ich meine Zeit meiner Familie und dem Aufbau meiner Maklerfirma für Versicherungen.

Seit 1989 haben wir uns gebetsmühlenartig anhören müssen, daß Deutschland überaltert und wir einen demografischen Wandel einleiten müssen. Zwei Jahrzehnte passierte in der Förderung junger Familien und dem Schutz des ungeborenen Lebens nichts. Die Altparteien zeigten überdeutlich, dass sie keine Antworten und Lösungen haben und sich selbst nicht reformieren können. Schulz und Junker machten Luxemburg, Irland, Zypern u.a. zu Steueroasen des Großkapitals. Als 2013 die AfD gegründet wurde,

war ich sofort aktiv. Die Themen EURO-Rettung, EU mit Tendenz zur UdSSR, Genderwahn, Frühsexualisierung unserer Kinder und Enkelkinder, total verfehlte Energiepolitik, fehlende Familienpolitik und später die Russlandsanktionen bewegten mich sehr. Mir war klar, dass mit der AfD eine politische Macht entstand, die in unserem Vaterland Veränderungen erreichen würde. Der Elan und die Tatkraft der Mitglieder begeistert mich noch heute. Ich glaube, es gibt keine weitere Partei in unserem Land, die mit solch aktiven Mitgliedern gesegnet ist. Es ist immer wieder spannend, wenn in Mitgliederversammlungen kontroverse Themen diskutiert werden. Am Ende sind sich dann doch alle einig, dass es nur im gemeinsamen Handeln gelingen wird, unsere Themen auch umzusetzen.

Hier im Wahlkreis 163 haben wir ein Wahlkampfteam mit 15 festen Mitgliedern, die die verschiedensten Aufgabenbereiche haben. Alle Mitglieder sind berufstätig und leisten Ihre Arbeit in der Freizeit. Wir haben uns viel vorgenommen. So werden wir bis Juni mindestens ein Mal in jedem der 38 Gemeinden einen Bürgerdialog in einer Gaststätte durchführen. Von Juli bis September werden wir täglich im Wahlkreis unterwegs sein. Um uns diese Aktivitäten zu erleichtern, haben wir einen Spendenaufruf für den Kauf eines Wahlkampfmobils gestartet. Höhepunkte werden die geplanten drei Großveranstaltungen in Stollberg, Lim-



Ulrich Oehme

bach-Oberfrohna und Burgstädt mit prominenten Gästen sein. Neben unserer Chefin Dr. Frauke Petry haben wir schon die Zusagen von Prof. Schachtschneider (u. a. Kläger am Bundesverfassungsgericht gegen das Finanzstabilisierungsgesetz) und Prof. Bauch (Soziologe mit Schwerpunkt demografischer Wandel und Einwanderungspolitik). Weitere Überraschungsgäste verraten wir vorerst nicht.

Liebe Leser, wir haben als AfD ein riesiges Problem. Das sind die Medien. Uns stört weniger, dass wir in Artikeln oder Sendungen schlecht wegkommen, nein, uns stört, dass wir totgeschwiegen werden. Uns bleiben also hauptsächlich die sozialen Medien, wie Webseiten und Facebook. Wenn Sie sich über Veranstaltungen im Wahlkreis informieren möchten, dann finden Sie unter <https://www.facebook.com/ulrich.oehme.official/> oder <http://ulrich-oehme.de> einen Veranstaltungskalender. Ich freue mich auf Ihren Besuch auf diesen Seiten, mehr jedoch freue ich mich über ein persönliches Gespräch mit Ihnen am Wahlkampfstand. Wenn Sie uns unterstützen möchten, spenden Sie bitte auf das unten genannte Konto. Bitte vergessen Sie nicht, auf dem Überweisungsträger Name und Adresse anzugeben, damit wir Ihnen eine Spendenquittung ausstellen können.

AfD-Kreisverband Erzgebirge

IBAN: DE90 8705 4000 0725 0174 81

Verwendungszweck: WK 163 Oehme



Ulrich Oehme hilft im Schweriner Landtagswahlkampf

Siegbert Droese

Direktkandidat der AfD für den Wahlkreis Leipzig 2



Siegbert Droese, frisch wiedergewählter Kreischef in Leipzig

Ich will mein Land zurück!

Liebe Leipziger und Sachsen,

Siegbert Dröse; Angestellter; 47 Jahre; verheiratet und Direktkandidat im Wahlkreis 153/Leipzig II.

Ich möchte wieder in einem Land leben, in dem der mittlere und kleine Unternehmer, der Unternehmer, der vor Ort Arbeit schafft, nicht länger von EU-Verordnungen und Bürokratie erdrückt wird. Ich möchte wieder in einem Land leben, in dem der deutsche Arbeiter von einem gerechten Lohn leben kann – und zwar den gesamten Monat. Ich möchte wieder in einem Land leben, in dem die politische Führung das Recht achtet und nicht wie die aktuelle Bundesregierung, hunderttausende von Migranten, ohne jede Rechtsgrundlage, in unsere Heimat hereinbittet. Die Nation, die das eigene Recht missachtet, ist dem Untergang geweiht.

Als verheirateter Familienvater und Christ sehe ich mit großer Sorge die Zukunftschancen der eigenen Kinder und der deutschen Jugend allgemein in höchster Gefahr. Ja, ich möchte diese Gefahr abwenden. Ich möchte, dass unsere Kinder in Freiheit und in einem gerechten Deutschland ihre Zukunft gestalten können. Ich möchte, dass wir Deutschen gut geschützt in einem florierenden Deutsch-

land leben können. Dafür setzte ich mich persönlich als stellvertretender Landeschef der AfD in Sachsen ein. Und dafür kämpfe ich. Der Kern unserer Politik sind die Interessen Deutschlands und der Menschen, die hier leben.

Gerade in meiner Vaterstadt Leipzig schmerzt mich die linksextreme Szene mit ihren Deutschlandfeindlichen Parolen. Ich empfinde diese Verunglimpfungen so, als seien sie direkt an mich gerichtet. Solange ich zurückdenken kann, war ich immer tief und leidenschaftlich mit unserem Land und seiner Geschichte verbunden. Ich liebe Deutschland.

Wir haben leider nicht nur offenen, anti-deutschen Rassismus unter uns, nein, auch in weiten Teilen der alten politischen Klasse sind vergleichbare Reflexe zu beobachten. Jüngst definierte die Kanzlerin den Begriff Volk erschreckend neu. Merkel: „Das Volk ist jeder, der in diesem Land lebt“. Diesem Irrweg treten wir entschieden entgegen. Das deutsche Volk besteht naturgemäß aus Deutschen. Für uns zählt auch in Zukunft unser gutes Grundgesetz, hierin wird in Artikel 116 klar definiert, wer Deutscher ist.

Die alte politische Klasse vertritt immer weniger die Interessen des deutschen Volkes. Sie macht sich zum Vorreiter eines europäischen Superstaates, vergleichbar mit der untergegangenen Sowjetunion. Orchestriert wird diese Politik in den Un-

tergang von führenden Eurokraten wie Franz Timmermanns. Der Vizepräsident der europäischen Kommission gibt ganz unumwunden zu: „... monokulturelle Staaten auszuradieren“. Wir setzen dagegen, die derzeitige EU zurückzuführen zu einer Wirtschafts- und Interessengemeinschaft souveräner, lose verbundener Nationalstaaten. Unser Ziel ist ein souveränes Deutschland, das die Freiheit und Sicherheit seiner Bürger garantiert, ihren Wohlstand fördert und seinen Beitrag zu einem friedlichen und prosperierenden Europa leistet.

Das Target-2-System als Verrechnungsstelle der EURO-Staaten, hat für Deutschland zu einem unglaublichen hohen Saldo von derzeit rund 800 Mrd. € geführt. Forderungen, die alles andere als sicher sind und für den deutschen Steuerzahler ein elementares Risiko darstellen. Das Ausfallrisiko ist höher als der zweieinhalbfache Bundeshaushalt pro Jahr. Die unverantwortliche suprastaatliche EURO-Rettungspolitik führt unweigerlich in den volkswirtschaftlichen Abgrund. Sie verstößt gegen so ziemlich alle gegebenen Versprechen der alten politischen Klasse. Versprochen wurde „niemals eine Haftung Deutschlands für Fremdschulden“ zuzulassen. Mit uns wird eine Vertiefung der Schuldenunion unmöglich.

Im Gegenteil: wir fordern, das Experiment EURO geordnet zu beenden sowie eine Volksabstimmung über den EURO und unseren Verbleib in der EURO-Zone.

So können Sie mich erreichen:

Telefon: +49 (0) 175/97 25 795

E-Mail: siegbert.droese@afdleipzig.de

Facebook:

www.facebook.com/siegbt.droese.afd

Spendenkonto:

Wahlkampfspendenkonto

Siegbert Droese

IBAN: DE58 8609 5604 0337 1695 89

BIC: GENODEF1LVB

Verwendungszweck: „Spende“ + Ihren Namen und Adresse (für Spendenquittung)

Politik für unsere Heimat und die Menschen, die hier leben!

Carsten Hütter

Direktkandidat der AfD für den Wahlkreis Meißen



Mdl Carsten Hütter

1708 gelang dem Chemiker Johann Friedrich Böttger im Herzen Sachsens beinahe das Unglaubliche. Auch wenn es letztendlich nicht Gold war, das er schuf, so doch das weltbekannte Porzellan – und das so gut wie aus dem Nichts.

Genau hier, im Wahlkreis Meißen, trete ich nun an, um auch das Unglaubliche anzupfeilen: Ich fordere Bundesinnenminister Thomas de Maizière heraus.

Auch die AfD kam quasi aus dem Nichts und zog durch viel Arbeit und Mühe unserer Mitglieder, Förderer und Sympathisanten in kurzer Zeit in das EU-Parlament, in 10 Landesparlamente, unzählige Kreistage und Stadträte ein.

Von Beginn an, seit 2013, setze ich mich mit voller Kraft und viel Herzblut für den Erfolg der AfD ein. Dieser Einsatz hat mich in den Vorstand des sächsischen AfD-Landesverbandes als Schatzmeister und im Herbst 2014 schließlich in den Sächsischen Landtag geführt. Dort vertrete ich die AfD-Fraktion im Innenausschuss, im 1. Untersuchungsausschuss („Neonazistische Terrornetzwerke in Sachsen“) und in der Parlamentarischen Kontrollkommission. Fraktionsintern arbeite ich in den Arbeitskreisen ‚Demokratie und Recht‘ und ‚Europa, Asyl und Einwanderung‘ mit.

Ich bin gelernter Kaufmann, katholisch, verheiratet und habe fünf Kinder. Als ehemaliger Offizier der Bundeswehr liegt mir das Thema Innere Sicherheit und Ordnung besonders am

Herzen, weshalb ich auch der Sicherheitspolitische Sprecher der Fraktion bin.

Der Kampf gegen den Extremismus, egal, ob von rechts, links oder religiös, ist für mich wesentlicher Bestandteil, um Recht und Gesetz in unserem Land aufrechterhalten zu können. Anders als die Fraktionen der Altparteien, die meist nur gegen die Symptome von Problemen vorgehen, setzte ich bei den Ursachen an.

Unter anderem in Plenardebatten habe ich deshalb unmissverständlich deutlich gemacht, dass Sachsen nicht nur sog. Dialogforen braucht, sondern die Bürger echte Mitbestimmung erhalten müssen. Für meine klaren Worte werde ich von unseren politischen Gegnern häufig als kaltherzig bezeichnet. Das ist nicht nur falsch, es geht auch an meiner Überzeugung als Katholik vorbei. Ich bin ebenfalls Kirchenpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion und setze mich für wirklich soziale Belange und den Schutz ungeborenen Lebens ein.

Unsere Regierung macht seit Jahren dagegen eine Politik, die die soziale und gesellschaftliche Spaltung fördert, eine Willkommenskultur für Kinder aber nicht. Aktuell unterstütze und begleite ich insbesondere tatkräftig die AfD-Veranstaltungen zum Thema Extremismus in Sachsen und Deutschland. Höhepunkt dieser Arbeit war meine Teilnahme an dem Extremismus-Kongress in Berlin am 18. 03. 2017, wo ich die Positionen der AfD mit versierten Fachexperten, wie bspw. Prof. Patzelt von der TU Dresden, diskutieren konnte.

Meine bisherigen Erfahrungen und mein Engagement bringe ich nun mit ganzer Energie in den Bundestagswahlkampf ein. Vor der Bundestagswahl gilt es noch, bei den kommenden Landtagwahlen gut abzuschneiden. Ich drücke die Daumen dafür und packe selbst an, wo ich kann.

Immer mit dem Motto: für mehr Bürgerbeteiligung durch Volksentscheide, für eine starke Polizei und Justiz zum Schutze unserer Familien, für eine lebenswerte und gerechte Zukunft unseres Landes.

Und auch wenn es schlussendlich vor Ort in Meißen, im Wettstreit mit dem großen Gegner Thomas de Maizière, nicht für Gold reichen sollte, sondern „nur“ für die Keramik Medaille – die AfD als Ganzes wird es allemal voranbringen. So wie schon 1708 auch das Porzellan Meißen, Sachsen und ganz Deutschland voranbrachte.

Vita

Geburtsjahr/-ort: 1964 in Unna/NRW
verheiratet, 5 Kinder, 1 Enkel,
Unternehmer

Berufliche/schulische Ausbildung
1970 bis 1980 – Schulausbildung, mittlerer Bildungsabschluss

1980 bis 1983 – Ausbildung zum Kraftfahrzeugelektriker

1983 bis 1995 – 12 Jahre Bundeswehr
Unteroffizier Laufbahn Bundeswehr
Ausbildung zum Waffenmechaniker
Ausbildung zum Panzerschlosser
Ausbildung zum Behördenfahrlehrer
Ausbildung zum Anschuss-Schützen

Dienstgrad 1995: Oberfeldwebel

1994 – Abschluss als Kraftfahrzeugmechaniker-Meister

Berufliche Tätigkeiten

1994 – Selbstständiger Unternehmer, Geschäftseröffnung (bis heute)

Engagements

Mai 2013 – Eintritt in den AfD-Kreisverband Erzgebirge

August 2013

Wahl in den Kreisvorstand KV Erzgebirge, stellv. Kreisvorsitzender

Oktober 2013

Wahl zum Mitglied des AfD-Landesvorstandes Sachsen

bis März 2016 – stellv. Vorsitzender

ab März 2016 – stellv. Schatzmeister

Mai 2014

Listenkandidat für den Sächsischen Landtag, AfD Sachsen

September 2014

seit 01.09.2014 Mitglied des Sächsischen Landtages

Dezember 2016

Wahl zum Direktkandidaten in der Bundestagswahl 2017, KV Meißen, Wahlkreis 155

Lars Herrmann

Direktkandidat der AfD für den Wahlkreis Leipzig-Land

Der Landkreis Leipzig ist keine Erbpacht der CDU!

Die Menschen wollen nicht nur neue Gesichter, sondern sie wollen eine neue Politik. Ich bin im März 2013 in die AfD eingetreten, weil ich es nicht mehr ansehen konnte, dass sich die Bundesregierung in unverantwortlicher Weise für eine Politik zur finanziellen Rettung des bankrotten Griechenland entschieden hat.

Werteverfall, Gender, Globalisierung, EU-Erweiterung, Finanz-, und Staatsschulden sowie Flüchtlingskrise. Wenn mich später einmal meine Kinder fragen sollten, was ich dagegen getan habe, möchte ich ihnen mit gutem Gewissen eine Antwort geben.

Und genau diese Fragen zum Umgang mit unseren Steuergeldern für Griechenland sowie für die vielen illegalen Migranten werde ich im Wahlkampf meiner Mitbewerberin von der CDU, Frau Landgraf, stellen. Ich bin jetzt schon gespannt, ob sie sich damit herausredet, dass sie nicht alle Entscheidungen der Bundesregierung mitgetragen habe. Wir brauchen endlich wieder glaubwürdige und ehrliche Vertreter des Volkes. Es gilt, die Vertreter der etablierten Parteien von den Trögen wegzuzerren und diese nicht etwa selber zu besetzen, sondern trocken zu legen. Opferbereitschaft, Gemeinnutz vor Eigennutz und eigene Be-

findlichkeiten im Sinne unserer Sache zurückstellen. Nur so können wir es schaffen, die Macht an das Volk zurückzugeben. Wir dienen dem Wohle des deutschen Volkes, einer Schicksalsgemeinschaft, die sich als Nation zusammengeschlossen hat und nicht etwa einer beliebigen Masse oder zufälligen Ansammlung.

Die Mitglieder meines Kreisverbandes haben mir versprochen, dass sie mich im Wahlkampf aktiv unterstützen werden. Dafür bin ich sehr dankbar. Denn ohne diese Unterstützung ist es nicht möglich, einen Wahlkampf zu führen, mit dem anspruchsvollen Ziel, die bisherige Direktkandidatin aus dem Bundestag zu vertreiben. Es wäre ein tolles Ergebnis, wenn ich neben unserer Spitzenkandidatin Dr. Frauke Petry ein weiteres Direktmandat in Sachsen erringen könnte.

Für den Wahlkampf habe ich mir neben den üblichen Aktivitäten wie Stammtische, Bürgergespräche und Plakatwerbung noch einige Besonderheiten ausgedacht, die ich aber an dieser Stelle noch nicht verraten möchte. Sonst wäre der Überraschungseffekt vorbei; jedenfalls sollte sich Frau Landgraf (CDU) schon jetzt warm anziehen.

Als Polizeioberkommissar der Bundespolizei verstehe ich etwas von der Inneren Sicherheit. Deshalb werde ich im Bundestag



Lars Herrmann

meinen Arbeitsschwerpunkt auf dieses Gebiet legen. Egal, ob bei der Rückführung von abgelehnten Asylbewerbern oder dem Umgang mit nordafrikanischen Intensivstraf Tätern, gern erkläre ich dem Innenminister praktische Lösungsansätze. Nicht aufgrund von Zeitungsberichten oder TV-Reportagen, sondern aus eigener, oftmals leidlicher Erfahrung. Die AfD ist die einzige Partei, die glaubwürdig für eine Veränderung steht und in der Lage ist, das verstaubte Parteienkonglomerat der repräsentativen Demokratie in Deutschland aufzubrechen. Die AfD ist ein Paradebeispiel von gelebter Demokratie und Bürgerbeteiligung an der politischen Willensbildung. Nicht etwa Berufspolitiker, sondern normale Bürger aus die Mitte der Gesellschaft haben sich aufgemacht, ihr Vaterland zu retten, weil die Altparteien dazu nicht mehr in der Lage sind. Im Gegenteil, diese haben die Misere selber heraufbeschworen. Alkoholranke Betrüger mit zweifelhafter Berufsausbildung und jahrzehntelanger fürstlicher Alimentierung aus Steuergeldern sind von den wirklichen Problemen, Sorgen und Nöten der Bürger genau so weit entfernt, wie China von der Pressefreiheit.

„Damit der Staat dem Bürger dient“ war als großes Spruchband über einem unserer ersten Infostände 2013 zu lesen. Lasst uns dies gemeinsam genau so umsetzen und zwar so schnell als möglich!



Lars Herrmann mit Familie

Prof. Heiko Hessenkemper

Direktkandidat der AfD für den Wahlkreis Mittelsachsen



Prof. Heiko Hessenkemper

Wir erleben seit der 68er Bewegung in Westdeutschland einen strukturierten Angriff auf unsere kulturelle und ethnische Identität. Der von dem linken politischen Spektrum erfolgreich praktizierte Marsch durch die Institutionen schlägt sich in fataler Weise insbesondere in den Medien nieder, die sich den Ruf der Lügenmedien hart erarbeitet haben. Mit Besetzung dieser Schlüsselpositionen wurden alle wesentlichen Stützen der Gesellschaft unterwandert. Dies ist in der katastrophalen Familienpolitik als eine Ursache des demographischen Problems, der desaströsen Bildungspolitik, der grotesken Nichtbeachtung nationaler Interessen in der Außen-, Sicherheits- und Europapolitik bis hin zur Währungspolitik zu sehen. Bedenklich stimmt inzwischen auch, dass Ansätze einer politischen Justiz zu erkennen sind. Ob diese Strategie fremdgesteuert aus dem Ausland ist oder nur eine unsägliche ideologische Verblendung darstellt, ist dabei nebensächlich, zumal unsere politisch mediale Klasse durchaus international vernetzt ist. Das für uns Deutsche unerträgliche Ergebnis ist entscheidend. Durch das gezielt herbeigeführte Asylchaos findet eine Beschleunigung der Prozesse statt, mit existentieller Bedrohung unseres Systems. Als Schlagworte seien nur zwei Daten genannt:

- 50 Milliarden Euro Vollkostenbelastung (etwa 8 % aller Steuereinnahmen) mit wachsender Tendenz,
- eine überproportionale Kriminalitäts- und Gesundheitsbelastung unserer Bevölkerung.

Stattdessen wird eine warme Schulspeisung für sächsische Schüler von allen etablierten Parteien abgelehnt: Kosten 0,28 Milliarden €/Jahr. Alters- und Kinderarmut wird ebenso moniert wie verfallende Infrastruktur. Das Geld wird eben für andere Zwecke gebraucht.

Man muss eine Umvolkungsabsicht unterstellen, wie die Zitate von Herrn Schäuble am 8. 6. 2016 gegenüber der „Zeit“, die Bestandsmigrationspapiere der UN und andere Informationsquellen nahelegen. Die Aussagen einer kinderlosen, älteren Dame in Berlin unterstreichen dies: Deutscher ist, wer hier lebt. Folglich sind knapp 2 Millionen Migranten mit Familiennachzug, die seit 2014 in unser weit geöffnetes Sozialsystem eingedrungen sind, Deutsche! Die wachsenden Bestrebungen, das Wahlrecht diesen Menschen aus der dritten Welt zu verschaffen, kann nur als widerwärtige Machterhaltung der politisch-medialen Klasse auf Kosten der deutschen Bevölkerung bewertet werden.

Hier setzt unsere Strategie an. Das System funktioniert nur durch Mitläufertum. Zunächst sind die Mandatsträger mit dem Stimmzettel auf allen politischen Ebenen aus den Funktionen zu entfernen. Wir haben die Fakten und Argumente auf unserer Seite. Eine Vernetzung mit allen nationalen und internationalen Kräften ist notwendig, so sie unsere im Grundgesetz festgeschriebenen Werte teilen. Als Oppositionspartei muss dann begonnen werden, auf allen genannten politischen Feldern eine Umkehrung zu erreichen, die der Maxime folgt:

Unser Deutschland zuerst!

Schließen wir uns der Aufforderung anderer an:

Lasst uns unser Land wieder zurückerobern!



Heiko Hessenkemper in Flöha beim Bürgergespräch

Karsten Hilse

Direktkandidat der AfD für den Wahlkreis Bautzen 1

Am 13. 11. 2016 wählten die Mitglieder des Kreisverbandes Bautzen Karsten Hilse zu ihrem Direktkandidaten. Karsten Hilse setzte sich gegenüber zwei weiteren Mitbewerbern durch. Einer davon war Eugen von Broen, der jetzt sein Wahlkampfleiter ist und die Strippen in allen organisatorischen Fragen zieht.

Warum konnte sich Hilse durchsetzen? Hielt er eine flammende, mitreißende Rede? Waren die Mitbewerber weniger überzeugend? Um diese Wahl zu verstehen, muss man sicher auch in die jüngere Vergangenheit des Kreisverbandes und vor allem der Ortsgruppe Hoyerswerda schauen, deren Sprecher Karsten Hilse ist. Direkt nach dem Essener Parteitag 2015 stellte er einen Aufnahmeantrag und nahm noch im Herbst Kontakt zum Kreisverband Bautzen auf. Auch ohne offizielle Bestätigung führte er Gespräche mit Gleichgesinnten und AfD-Interessenten, um sie als Mitglieder zu gewinnen, und sammelte Spenden. Wir erinnern uns: Die Altparteien hatten 2015 versucht, der AfD mit einer kurzfristigen Änderung des Parteienfinanzierungsgesetzes die finanzielle Grundlage zu entziehen.

Im Januar 2016 wurde Karsten Hilse dann offiziell als Mitglied aufgenommen. Er nahm Kontakt zum Vorstand und zu Landtagsabgeordneten auf; und am 01. 03. 2016 wurde aufgrund seiner Initiative die Ortsgruppe Hoyerswerda gegründet. Bei der ersten Mitgliederversammlung des KV Bautzen, an der er teilnahm, warb er dafür, der sehr erfolgreichen Herbstoffensive 2015 eine Frühjahrsoffensive 2016 folgen zu lassen und mit regelmäßig stattfindenden Informationsveranstaltungen zu verschiedenen Themen, den Menschen Ziele und Mitwirkende der AfD in Sachsen näher zu bringen. Nachdem einige Hürden überwunden waren, fand am 03. 05. 2017 die erste Informationsveranstaltung zum Thema Energiewende statt. Die Veranstaltung wurde in den Lokalzeitungen, mit 10.000 Einladungsflyern und knapp 50 Plakaten in Hoyerswerda und Umgebung beworben. Bis zum Parteitag im November liefen in Hoyerswerda und der näheren Umgebung insgesamt sechs Veranstaltungen zu verschiedenen Themen, wie zum Programm der AfD, zur Bargeldabschaf-



Karsten Hilse bei der Spendenübergabe

fung, dem Thema Direkte Demokratie u. a. Mit zunehmender Bekanntheit und einem vertrauten Gesicht in Hoyerswerda und Umgebung trat die AfD also verstärkt in die Öffentlichkeit. Viele Personen stellten einen Aufnahmeantrag, und Menschen, die aus den verschiedensten Gründen nicht oder noch nicht in die AfD eintreten wollten, unterstützte die Ortsgruppe bei der Bewerbung der Veranstaltungen und trugen ein engagiertes Bild nach außen. Aufgrund seiner erfolgreichen Arbeit wurde Karsten Hilse im Juli in den Kreisvorstand aufgenommen und im November dann auch in diesen gewählt. Die AfD, die mit ihrem Programm in der Lausitz nur wenig bekannt war, wurde zu einer deutlich wahrgenommenen Partei mit Kontakten zu Kommunen und Medien. Interviews mit „Deutschlandradio Wissen“ und „Zeit online“ brachten zusätzlich Aufmerksamkeit. Hintergrund des Interviews mit der „Zeit“ waren die Angriffe auf Asylbewerberheime in Hoyerswerda 1991, die noch heute zu hitzigen Kontroversen führen.

Zwei Spendenaktionen in Hoyerswerda sorgten für großes öffentliches Interesse, da die ursprünglichen Empfänger plötzlich aus politischen Gründen einen Rückzieher machten. Für eine Sachspende, ein Fußballtor für Kinder, fand sich dann doch ein anderer Abnehmer, der die Spende für seinen öffentlichen Spielplatz dankend annahm. Sein öffentlicher Aufruf an die anderen Parteigruppen in der Stadt, ein

zweites Tor zu spenden, verhallte ungehört. Am 13. 03. 2017 lief bereits die 13. Veranstaltung in Hoyerswerda und Umgebung. Nach wie vor wird jeder Infoabend intensiv beworben, in der Zwischenzeit mit 15.000 Flyern. Die Zahl der aktiven Mitglieder der Ortsgruppe Hoyerswerda hat sich mittlerweile verfünffacht, auch die Anzahl der Unterstützer wächst weiter. Die Teilnahme an den Veranstaltungen ist rege, meist reichen die dafür angemieteten Räume nicht mehr aus, die vielen Interessierten aufzunehmen. Mit seinem Wahlkampfleiter, Eugen von Broen, tourt Karsten Hilse seit Januar durch den gesamten Wahlkreis und hält Vorträge über wesentliche Kernthemen der AfD. Er stellt sich vor, kommt mit den Bürgern ins Gespräch, und nimmt deren Themen wiederum mit in die Ortsgruppe und den Kreisverband.

Das Interesse der Menschen an den Themen der AfD im Landkreis Bautzen ist groß. Bis zu drei Informationsveranstaltungen pro Woche bewältigen Karsten Hilse und sein Wahlkampfleiter. Das Ziel der kommenden Wochen und Monate bis zum Wahlkampf ist klar: Mit den Bürgern ins Gespräch kommen, zu verschiedenen Themen informieren, Gedanken und Inspiration für die Parteiarbeit mitnehmen und den etablierten Parteien und deren Kandidaten etliche Wählerstimmen abjagen. Bis zum Sommer wollen beide in jeder Region des Wahlkreises mehrmals zu Besuch gewesen sein.

Stefan Vogel

Direktkandidat der AfD für die Wahlkreise Dresden 2/Bautzen 2



Stefan Vogel

Ich bin 60, ledig, ev.-luth., war als Diplom-Ökonom (Uni Leipzig) bisher sehr erfolgreich in verantwortungsvollen Funktionen und im Interimsmanagement tätig und arbeite seit 2011 als selbstständiger Finanz- und Versicherungsmakler. Ich bin leidenschaftlicher Dresdner, Sachse und Deutscher und ausdrücklich stolz darauf! Ich liebe mein Land und nenne mich deshalb auch patriotisch. Ich bin der Auffassung, dass jeder sich für ein Land entscheiden soll und kann, und lehne deshalb die doppelte Staatsbürgerschaft ab. Anfang 2017 wurde ich zum Direktkandidat für den Wahlkreis Dresden II und Bautzen II (160) gewählt.

Warum AfD?

Mit der Gründung der AfD im Jahre 2013 sah, erkannte und fand ich die erste und reale politische Alternative zu den anderen – etablierten, bereits lange bestehenden – Parteien und deren Versagen (Zwangsgemeinschaft EU, Einheitswährung Euro, unfähiger Umgang mit der Überschuldung Südeuropas = staatliche Insolvenzverschleppung, mangelndes Demokratieverständnis und Absage an Volksentscheide – in der Schweiz sind diese eine Selbstverständlichkeit, mangelhafte Zukunftssicherung der sozialen Absicherungs- oder Vorsorgesysteme wie GRV, GKV und PflV). Mein logischer Schritt war der Parteieintritt am 20. Mai 2013. Mein bisheriges Engagement für die AfD: Ich war Gründungs-

mitglied des AfD-Mittelstandsforums Bund und Sachsen. Seit Mai 2014 bin ich als gewählter Stadtrat – aktuell in den Ausschüssen Soziales und Wohnen, Allgemeine Verwaltung und IT, Finanzen und Liegenschaften – tätig, Mitglied des Ältestenrates im Stadtrat Dresden – und seit Anfang 2015 Vorsitzender der AfD-Fraktion im Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden. Daneben habe ich als Initiator und Gründungsmitglied der ersten Ortsgruppe in Dresden (Dresden Süd-West) gewirkt, war Kandidat der AfD bei den Oberbürgermeisterwahlen in Dresden 2015 und mitbeteiligt an der Gründung der AG „WOBA“ und der „Alternative Alterssicherung“ der AfD in Dresden. Und nicht zuletzt bin ich „Silbermitglied“ der Jungen Alternative Sachsen.

Meine programmatischen Forderungen: Die Wiederherstellung von Ordnung (Wer lebt bei uns?) und Sicherheit (Kriminalität wirkungsvoll bekämpfen und nachhaltig juristisch ahnden) sind die wichtigsten Punkte. Daneben bin ich für klare Regelungen, wer dauerhaft in unser Land kommt (Einwanderungsgesetz) und die dafür notwendige Sicherung unserer Grenzen. Auch die Gewährleistung von Basisdemokratie durch die Einführung von Volksentscheiden nach Schweizer Vorbild ist ein Thema, ebenso der Austritt aus – oder zumindest die grundlegende Reform – der Diktatur EU: ich halte einen Status wie Norwegen oder die Schweiz für anstrengenswert. Dazu gehört auch die Abkehr vom EURO, dieser Zwangswährung zu

vieler Länder, die (Wieder-)Einführung einer nationalen Währung oder die Gründung eines leistungsfähigem Währungsverbundes, die kein Land über- oder unterfordern. Weiter setze ich mich für eine Reformierung von Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung in zukunftsfähige Absicherungs- und Vorsorgesysteme ein, für Bürokratieabbau, Steuereinfachungen und Steuergerechtigkeit zur Stärkung der Wirtschaft, insbesondere von Mittelstand und Familienbetrieben. Ich stehe für eine flexible, Leistungsanreiz fördernde Arbeitsmarktpolitik.

Meine Eignung für den Bundestag besteht aufgrund meiner erfolgreich nachgewiesenen Stärken, wie überdurchschnittlich großes Politikinteresse, ausgeprägte Dienstleistungsmentalität (DIENEN + LEISTEN) sowie meine Freude und innere Erfüllung an der Arbeit als Mandatsträger (erfolgreich „erprobt“ seit 2014). Ich halte mich für charakter- und willensstark, beanspruche Eigenschaften wie Fleiß und Zielstrebigkeit, hohe Glaubwürdigkeit sowie Ehrlichkeit und Transparenz. Ich halte mich für zuverlässig und nicht manipulierbar, unabhängig, ja, diktaturerfahren und widerstandserprobt. Außerdem erzielte ich das beste AfD-Wahlergebnis in meinem Wahlkreis bei der Kommunalwahl 2014 in Dresden und verfüge über eine starke Bürger- und Wählerbindung. Seit 2014 veranstalte ich Bürgersprechstunden an inzwischen 10 Standorten, die nächsten starten im April unter dem Motto „Stefan Vogel will es wissen“.



Stefan Vogel: „Deutschland – (m)eine Herzensangelegenheit!“

Tino Chrupalla

Direktkandidat der AfD für den Wahlkreis Görlitz und Vorsitzender des Kreisverbandes Görlitz



Tino Chrupalla

Meine sozialen Rollen als Malermeister, Unternehmer, Familienvater und deutscher Bürger meisterte ich bislang ohne große Probleme – bis ich mich durch die immer dramatischer werdenden Zustände in unserem Land im Jahr 2015 gezwungen sah, politisch aktiv zu werden. Ich konnte und wollte nicht länger tatenlos dabei zusehen, wie unser Land mutwillig heruntergewirtschaftet wird. Auch der sichtbare Leidensdruck meines Umfelds zwang mich zur Tat. Meine politischen Ziele haben sich aus der Reflexion meiner persönlichen Erfahrungen in diesen unterschiedlichen Lebensbereichen entwickelt.

Die höchste Priorität hat für mich der Erhalt einer lebenswerten Heimat für uns und unsere Nachkommen. Daraus ergeben sich sämtliche meiner politischen Ziele.

Ich kämpfe gegen die „Verspargelung“ unserer schönen Landschaft und gegen die Abholzung von Wäldern; strangulierende Vorschriften aus Brüssel, die unsere Geschäfte behindern und unsere Wirtschaft zugrunde richten (Russlandsanktionen und EU-Regulierungs- und Zertifizierungswahn); Psychoterror durch Gender-Mainstreaming und Infragestellung der Rolle von Mann, Frau und Familie; undemokratische Einflussnahme auf politische Prozesse durch Lobbys, NGOs und Be-

ratungsinstitute; Zwangsabgabe GEZ-Gebühr; Bürgerschaft deutscher Steuerzahler und Rentner für die Rettung internationaler Großbanken; Totalüberwachung durch ausländische Sicherheitsdienste.

Ich kämpfe für den Erhalt des deutschen Handwerks und des dualen Ausbildungssystems; die Rückgewinnung ländlicher Regionen als attraktiven Lebensraum mit Zukunftsperspektive für junge Menschen, Familien und Senioren; die Behebung des Ärztemangels im ländlichen Raum; die finanzielle Entlastung von Familien; die Stärkung der Regionalwirtschaft und mittelständischer Betriebe durch Einrichtung einer Sonderwirtschaftszone; die wirksame Bekämpfung von Grenzkriminalität; mehr Demokratie mittels Volksabstimmungen; die Vermittlung gesunder Werte und einer gesunden, kulturellen Identität an unsere Kinder; konsequente Abschiebung krimineller Migranten; sofortigen Aufnahmestopp für Wirtschaftsflüchtlinge; mehr Mitspracherecht bei Entscheidungen, die langfristige Konsequenzen für die Lebensqualität der Bürger in unserem Land haben, wie zum Beispiel dem Zuzug von Migranten; den Erhalt und die Pflege des kulturellen Erbes und der deutschen Sprache; Eindämmung medialer Denunziation und Hetzjagden auf Individuen und ganze Bevölkerungsgruppen.

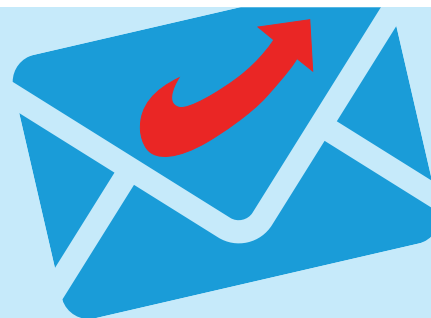
Zur Stärkung der regionalen Wirtschaft hat der KV Görlitz in einem ersten Schritt grenzüberschreitende Mittelstandstreffen in Prag und Breslau durchgeführt, die jeweils auf großen Anklang stießen. Bei einer Informationsveranstaltung zu den Russlandsanktionen am 24. 1. 2017 konnten sich unsere Mitglieder einen genauen Überblick verschaffen, in welchem Umfang die Sanktionen der Wirtschaft unserer Region schaden. Beim politischen Aschermittwoch nahm ich die wunderliche Wiederkehr der Inquisition und der Hexenjagd aufs Korn, und spielte damit auf das Meinungsklima in Deutschland und innerhalb unserer Partei an. Bereits beim Kreisparteitag am 25. 2. 2017 in Görlitz hatte ich in meiner Rede „Seid einig!“ die Wichtigkeit des inneren Zusammenhalts unserer Partei hervorgehoben und meine Zuhörer an das berühmte Zitat Otto von Bismarcks erinnert: „Wenn die Deutschen zusammenhalten, dann schlagen sie den Teufel aus der Hölle.“

Am 4. 3. 2017 beteiligte ich mich an der Demonstration gegen die Schließung des Bombardier-Werkes in Görlitz, am 3. 4. 2017 hielt ich meine erste Wahlkampfreden in Bad Muskau. Für April und Mai haben wir Experten zu wahlkampfrelevanten Themen eingeladen. Die Termine und nähere Informationen finden Sie demnächst auf der Homepage des KV Görlitz.



Demonstration gegen die Schließung des Bombardier-Werkes am 4. 3. 2017 in Görlitz

Der Blaue Brief



Sigmar Gabriel, die Energiewende und die ‚bekloppten‘ Deutschen

Wenn es eines Beweises bedürfte, dass der Begriff „Lückenpresse“ die Wirklichkeit getreulich wiedergibt, wäre es die Nichtverbreitung des folgenden Zitates:

„Die Energiewende steht kurz vor dem Aus. Die Wahrheit ist, dass wir die Komplexität der Energiewende auf allen Feldern unterschätzt haben. Die anderen Länder in Europa halten uns sowieso für Bekloppte.“

Wer das gesagt hat? Bestimmt irgend so ein Rechtspopulist? Nein, diese Worte werden Sigmar Gabriel zugeschrieben, und er hat sie nie dementiert. Gabriel besuchte am 17. April 2014 das Unternehmens SMA Solar in Kassel, und dort sollen diese Sätze gefallen sein. Das schnippische Lebewohl an den bereits damals auf mindestens 500 Milliarden Euro Kosten ange-

legten Versuch, die gesamte Energieversorgung der drittgrößten Industrienation der Erde völlig umzustülpen, wurde mitgeschnitten von einem Lokaljournalisten und steht bis heute zu lesen auf: lokal024.de. Es nahm seinen Weg in die Lokalnachrichten und von dort in viele Diskussionsforen. Aber nicht ein Qualitätsjournalist bei einer der hiesigen überregionalen Premiumgazetten scheint von dieser ministeriellen Bankrotterklärung erfahren zu haben. Ist das nicht erstaunlich? Schließlich hat der verantwortliche Minister das teuerste und ehrgeizigste Projekt in der Geschichte der Bundesrepublik (bevor die Masseneinwanderung einsetzte und die Parole „Wir schaffen das“ ausgegeben wurde – das könnte eventuell noch mehr kosten), für gescheitert erklärt.

Doch nie hat ein Medienvertreter Gabriel mit diesen Worten konfrontiert.

Zufall? Oder eher eine Omertà? Ungefähr zwei Jahre stieß eine Gabriel-Äußerung auf ein ähnliches kollektives Schweigen. Oder hat ein Journalist Gabriel gebeten, er möge doch bitte einmal seine Worte „Europa steht vor der akuten Gefahr, zusammenzubrechen. Die Aufbauarbeit von zwei Generationen steht vor der erneuten Zerstörung“ detaillierter erörtern? (Wobei diese Sätze wenigstens im „stern“ gefallen waren und ein größeres Publikum sie zur Kenntnis nehmen konnte.) Sie wurden nicht einmal zitiert ...

Die einzig relevante Frage ist, ob man hier noch von „Lückenpresse“ sprechen kann, oder ob das nicht an Verniedlichung grenzt.

Hinweis:

Die Blaue Post ist auch als PDF-Download verfügbar: www.blaue-post.de



Weitere aktuelle Informationen über die AfD-Sachsen erhalten Sie im wöchentlich erscheinenden Web-Magazin „AfD Sachsen Aktuell“, erhältlich über www.afdsachsen.de.

Dort können Sie sich auch in den Newsletter der AfD-Sachsen eintragen.

Folgen Sie uns auch bei:



AfD Sachsen Facebook

<https://www.facebook.com/Alternative.fuer.Deutschland.Sachsen/>



AfD Sachsen Twitter

https://twitter.com/afd_sachsen



AfD Sachsen YouTube (Landesverband)

https://www.youtube.com/channel/UCvTP3QVVF_o_r_sUwHKAvA

www.afdsachsen.de

Impressum

Blaue Post Nr. 8
April 2017

Herausgeber:

AfD-Landesverband Sachsen
Presse- & Öffentlichkeitsarbeit
Ostraallee 35 · 01067 Dresden
Tel.: 03 51/65 67 64 33 · Fax: 03 51/65 67 64 35
blauepost@afdsachsen.de

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
Dr. Thomas Hartung

Auflage: 400.000
Erscheinungsweise: Quartalsweise

Fotonachweise:

AfD Sachsen: S. 16 unten, S. 20, S. 22 unten, S. 24 unten, S. 25, S. 26, S. 28 unten
Privat: S. 16 oben, S. 17, S. 18, S. 20, S. 21, S. 22 oben, S. 23, S. 24 oben, S. 27, S. 28 oben, S. 29, S. 30, S. 31
Pressestelle der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag: Titel Fotomontage, S.1, S.2, S.3, S.4, S.5, S.6, S.8, S.10, S.11 (oben), S.13

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Es wird keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Zeichnungen und Fotos übernommen. Die Redaktion behält sich vor, zugesandte Beiträge sinnwährend zu kürzen. Jeglicher Nachdruck

von Fotos, Zeichnungen und Artikel, auch auszugsweise, bedarf der ausdrücklichen Zustimmung des Herausgebers. Die Blaue Post erscheint normalerweise vier Mal im Jahr. Im Rahmen der digitalen Ausgabe werden auch Links zu Internetinhalten anderer Anbieter bereitgestellt. Auf den Inhalt

dieser Seiten haben wir keinen Einfluss. Für den Inhalt ist ausschließlich der Betreiber der anderen Website verantwortlich. Trotz der Überprüfung der Inhalte im gesetzlich gebotenen Rahmen müssen wir daher jede Verantwortung für den Inhalt dieser Links bzw. der verlinkten Seite ablehnen.